



Protokoll

der 18. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 9:00 Uhr

- Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** Tim Cuénod (SP); Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP); Stefan Witlin (SP);
Jessica Brandenburger (SP); Salome Bessenich (SP).

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|--|----|
| 8. | Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo..... | 2 |
| 9. | Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo..... | 2 |
| 13. | Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet | 7 |
| 14. | Motion 4 Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze | 14 |
| 15. | Motion 5 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen | 16 |
| 16. | Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist | 17 |
| 17. | Motion 7 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes | 19 |
| 18. | Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB) | 19 |
| 19. | Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe | 25 |
| 20. | Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Ustestuelete 2.0» in Basel-Stadt | 27 |
| 21. | Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze | 27 |
| 22. | Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle | 30 |
| 23. | Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren..... | 33 |



Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 09:00 Uhr

8. Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo

[12.06.24 09:00:35, 23.5095.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem langen Sitzungstag und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Abgabe neuer Vorstösse: Damit neue Vorstösse ins Bündelitags-Geschäftsverzeichnis aufgenommen und im September traktandiert werden können, müssen Sie bis heute Mittag 12 Uhr dem Parlamentsdienst abgegeben werden, am besten gleich auch elektronisch, wie immer. Später abgegebene Vorstösse werden nicht mehr berücksichtigt und werden dann im Oktober behandelt.

Damit sind wir bei Traktandum 8. Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das erläutert uns jetzt genauer der Präsident der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich berichte ganz kurz zur Petition. Anlässlich der Sitzung vom 18. März hat sich die Petitionskommission mit dem Antwortschreiben des Regierungsrates auf einige offene Fragen aus dem Hearing mit der Petentschaft und den Vertretern des BSB auseinandergesetzt. Dabei war die zentrale Frage, ob der Kanton gegebenenfalls Hand bieten würde für einen Landabtausch. Das schliesst der Regierungsrat jedoch aus, weil für das Bauprojekt einerseits bereits eine Baubewilligung vorliegt und zum anderen, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Zudem würde dies den Willen des Bürgerspitals voraussetzen, dass der Landabtausch auch von ihnen gewollt wäre.

Bereits am Hearing ging aber klar hervor, dass man seitens des BSB das Projekt an diesem Ort umsetzen möchte, insbesondere da man daran schon seit vielen Jahren arbeitet und auch entsprechend wesentliche Mittel investiert hat. Zudem stuft der Regierungsrat den Erwerb von Grünraum in Bauzonen durch den Kanton als nicht sinnvoll ein. Es kommt hinzu, dass die Petentschaft im Verfahren auch den Rechtsweg beschritten hat, dabei aber gemäss eigenen Angaben auch Fehler gemacht hat. Aus Sicht der Petitionskommission scheint der Spielraum auf dem politischen Weg daher erschöpft. Aus diesem Grund ist die Kommission einstimmig zum Schluss gekommen, die vorliegende Petition als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

[12.06.24 09:03:55, 24.5025.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort geht an den Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berechtigt zur Petition. Zum Anliegen der Petentschaft: Die Petition fordert die Schaffung von fünf neuen Grün Boulevards und fünf neuen Grünplätzen im St. Johann. Diese Massnahmen sollen die Lebensqualität



im St. Johann erhöhen, die Hitzeexposition verringern und mehrere grüne Erholungsfläche schaffen. Die Initiatoren sind eine vernetzte Gruppe im St. Johan, unterstützt von verschiedenen Organisationen wie Pro Natura und Pro Velo.

Die Petition entspricht den Zielen des Regierungsrates gemäss Mobilitäts-, Stadtklima- und Schwammstadt-Konzept. St. Johann ist eines der Quartiere mit den höchsten Hitzeexpositionen in Basel und im Sommer staut sich die Hitze in den Strassen. Aufgrund der geringen Pro Kopf Wohnfläche ist es wichtig, kühlende Massnahmen für die Strassen, Plätze und Höfe zu ergreifen, damit die Menschen sich im Sommer draussen aufhalten können.

Die Petentschaft schlägt vor, die Mülhauserstrasse zu begrünen und vom motorisierten Durchgangsverkehr zu befreien. Die Elsässerstrasse soll auf den ÖV fokussiert werden und Parkplätze in der Vogesenstrasse sollen in Grünflächen umgewandelt werden. Die Lothringerstrasse soll zu einer grünen Velovorzugsroute werden, die das Quartier mit der Innenstadt verbindet. In der Metzgerstrasse sollen Parkplätze aufgehoben und Tempo 30 eingeführt werden, um die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Als neue grüne Plätze werden die Enden von Mülhauserstrasse, Wasserstrasse und Vogesenstrasse und die Kreuzungen Mülhauserstrasse-Vogesenstrasse und Mülhauserstrasse-Davids Bodenstrasse vorgeschlagen.

Bis 2028 sollen dabei 24'000 m² Parkplatzfläche den Menschen im Quartier zurückgegeben werden. Zusätzlich soll die Biodiversität durch die Vernetzung bestehender Grünflächen gefördert werden. Die Mülhauserstrasse könnte als grüne Achse bis zum St. Johannpark dienen und der Tschudipark könnte mit dem St. Johann-Schulhaus verbunden werden.

Die Petition betont auch die wirtschaftlichen Folgen einer abnehmenden Biodiversität und den Beitrag Basels zur Klimaerwärmung mit direkten und indirekten CO₂-Emissionen. 30 Prozent dieser Emissionen stammen aus der Mobilität. Daher setzt sich die Petition für Kühlung, bessere Luftqualität, Gesundheit und eine gerechte Verteilung des Strassenraums ein. Schliesslich wird die ungenügende Verkehrssicherheit im Sankt Johann kritisiert mit dem Vorschlag, Fahrbahnen von MIV und Velo zu trennen, um Unfälle zu vermeiden.

Stellungnahme der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements: Die Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements betont, dass die Anliegen der Petition grundsätzlich vom Regierungsrat geteilt werden, jedoch unter Berücksichtigung von Rahmenbedingungen und Restriktion umgesetzt werden müssen. Das St. Johann ist stark von Hitze betroffen, ähnlich wie andere dicht bebaute Quartiere in Basel. Das Stadtklimakonzept sieht vor, bei Arealentwicklungen und Strassenerneuerungen klimatische Anpassungen zu berücksichtigen. Die Verwaltung zielt darauf ab, die stadtklimatische Situation bei allen grossen Bauprojekten zu verbessern. Die Anpassung des Strassenraums ist ein wichtiger Bestandteil des Stadtklimakonzepts. Die Bemühungen zur Begrünung und Entsiegelungen haben heute eine höhere Priorität. Jede entsiegelte Fläche und jeder Baum haben positive Effekte für die Hitzeminderung, wobei grosse Stadtbäumen am wertvollsten sind, obwohl sie ihre volle Wirkung erst in etwa 20 Jahren entfalten.

Die Verwaltung berücksichtigt bei der Gestaltung des Strassenraums die lokale Situation und plant langfristige Massnahmen. Mobile Elemente zu Beschattung und Hitzeminderung sollen 2025 und 2027 aufgestellt werden. Im St. Johann werden kurzfristige Massnahmen umgesetzt, zum Beispiel Baumtöpfe und neue Bäume am Vogesenplatz und Voltaplatz sowie in der St. Johannis-Vorstadt. Das Fernwärmenetz im St. Johann ist bereits ausgebaut, daher gibt es keine Fernwärme bedingte Baustellen, die zur Begründung genutzt werden könnten. Massnahmen zur Begrünung und Entsiegelung werden jedoch dort umgesetzt, wo es möglich ist.

Die verkehrliche Ausgangslage wird durch die Strassennetz-Hierarchie bestimmt, die zwischen verkehrs- und siedlungsorientierten Strassen unterscheidet. Tempo 30 gilt in der Elsässerstrasse, obwohl sie verkehrsorientiert ist, während in verkehrsberuhigten Strassen Tempo 30 oder 20 gilt. Die Einführung von Tempo 30 wird derzeit weiter überprüft. Das Veloroutennetz wird neu definiert, wobei Vorgaben des Bundes noch ausstehen. Im St. Johann ist die Mülhauserstrasse die einzige Velostrasse. Superblocks sollen versuchsweise in der Jungsstrasse und Davids Bodenstrasse eingerichtet werden, ohne Parkplätze und mit Vorrang für den Fussverkehr bei Tempo 20. Bei positiven Ergebnissen könnte der Kanton ein Rahmenkonzept für Superblocks erarbeiten.

Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt fest, dass die Petition einen umfassenden Katalog an Forderungen enthält. Es geht zum einen um sehr konkrete, innert weniger Jahre umzusetzende Massnahmen auf der Strasse, zum anderen um eher grundsätzliche Anliegen. Der Regierungsrat koppelt Umgestaltung und stadtklimatische Massnahmen grundsätzlich an sowieso bestehende Bauarbeiten. Ausgelöst werden Veränderungen im Sinne des Stadtklimakonzepts, also nicht basierend auf dem Handlungsbedarf gemäss bioklimatischer Betroffenheit, sogenannte Hitzeschutzkarten, sondern basierend auf der Erhaltungsplanung an der städtischen Infrastruktur. Werden im Rahmen der Erarbeitung eines Projekts stadtklimatische Massnahmen geprüft, heisst dies allerdings nicht zwingend, dass auch welche umgesetzt werden. Gemäss der Vertretung der Petentschaft sind zuletzt die Wasserstrasse und die Mülhauserstrasse nach Bauarbeiten wieder wie zuvor asphaltiert worden.

Die Petitionskommission kann nachvollziehen, dass der Zeithorizont für die Umsetzung der im Stadtklimakonzept postulierten Veränderungen aus Sicht der Bevölkerung oder zumindest eines Teil davon, teilweise zu lange ist. Dass der Regierungsrat nicht zum Schluss kommt, aufgrund der eingereichten Petition die für das St. Johann geforderten Massnahmen prioritär umzusetzen und dafür jene in anderen Quartieren zurückzustellen, versteht sich von selbst. Logisch scheint ihr zudem, dass nicht die ganze Stadt innerhalb von ein paar wenigen Jahren, wie von der Petentschaft für das St.



Johann gefordert umgestaltet werden kann. Die Koordination von Bauarbeiten macht zum einen aus finanziellen Überlegungen Sinn, zum anderen, damit die Zahl der Baustellen in einem gewissen Rahmen bleibt. Die Kommission erwartet aber, dass der Regierungsrat das Potenzial im Zusammenhang mit der Anpassung von ÖV-Haltestellen an die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes und der Erweiterung des Wärmenetzes voll ausschöpft.

In der Einschätzung der Petitionskommission gibt es in Basel einige Strassen ohne verkehrstechnische Funktion, die sich rasch aufwerten liessen. Sie sind einfach so da und dienen zum Beispiel primär dem Abstellen von Fahrzeugen. Im St. Johann dürfte das letzte Stück der Mülhauserstrasse, von der Elsässerstrasse in Richtung Rhein, eine solche «Soda-Strasse» sein – der Begriff hat sich während der Sitzung herausgearbeitet. Es könnte mit Aufhebung der Parkplätze und einer Zufahrtsbeschränkung für Anwohnende, für die Quartierbevölkerung und die Schülerinnen und Schüler der Primarschule Volta aufgewertet werden.

Sinnvoller genutzt werden könnte auch der vielleicht schönste Parkplatz von Basel auf der Grossbaslerseite der Dreirosenbrücke. Die Petitionskommission regt an, im St. Johann, aber auch in anderen Quartieren nach weiteren Soda-Strassen zu suchen, in denen mit einfachen Massnahmen sofort klimatische Verbesserungen erzielt werden können. Eine Koordination mit der Erhaltungsplanung scheint ihr in solchen Fällen nicht zwingend, geht es doch um einfach umsetzbare Massnahmen ohne grosse Kostenfolge, aber mit grosser Wirkung.

Zum Antrag: Da wie einige der Fragen offen geblieben sind beziehungsweise die Petition einige Fragen aufwirft, die von der Vertretung der Verwaltung am Hearing nicht beantwortet worden sind, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse eine Schulklasse des Zentrums für Brückenangebote Lysbüchel mit Lehrperson Franziska Suter. Ganz herzlich willkommen bei uns auf der Tribüne. Wir freuen uns immer sehr, wenn wir Schulklassen zu Besuch haben und ich hoffe, Sie haben viel Interesse und Freude bei diesem Einblick in die Basler Politik.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Beratung von Traktandum 9. Für die Fraktion SP hat sich Beda Baumgartner gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass die Verwaltung die Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Und diese Petition zeigt eindrücklich, dass in der Bevölkerung ein grosser Wille zu Veränderung und zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren besteht. Die Forderungen nach mehr Grünflächen, Verkehrsberuhigungen und einer nachhaltigen Stadtentwicklung spiegeln den Wunsch der Anwohner:innen wieder, aktiv zur Bewältigung des Klimawandels beitragen zu können, um die Lebensbedingungen im Quartier St. Johann zu verbessern.

Die Auswirkungen des Klimawandel sind bereits jetzt deutlich spürbar. Hitzeperioden im Sommer und die damit verbundenen gesundheitlichen Belastungen für die Bewohner:innen erfordern dringende Massnahmen. Die vorgeschlagenen Begrünungen und Entsiegelungen grosser asphaltierter Flächen können erheblich zur Kühlung des Stadtklimas beitragen und die Lebensqualität nachhaltig verbessern.

Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt daher ausdrücklich die Forderung nach mehr Grünflächen und verkehrsberuhigten Bereichen, die nicht nur die Umwelt entlasten, sondern auch zur Förderung der Biodiversität beitragen. Wir wünschen uns von der Verwaltung eine grosse Sensibilität für die Bedürfnisse und auch mal den Mut, innovative und zukunftsweisende Projekte umzusetzen. Es bedarf entschlossener Massnahmen und einer klaren Prioritätensetzung, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Petition hat viele konkrete Ansätze aufgezeigt, die es ermöglichen würden, das Quartier St. Johann nachhaltig und lebenswerter zu gestalten. Wir ermutigen darum die Verwaltung und die Regierung, diese Ansätze ernsthaft zu prüfen und zeitnah umzusetzen. Wir unterstützen darum sehr den Antrag der Petitionskommission, zur Stellungnahme an die Regierung zu beweisen. Wir sind der Überzeugung, dass eine ausführliche Stellungnahme der Regierung zu den in der Petition aufgeführten Punkten wichtig ist, um die weiteren Schritte fundiert zu planen und die Anliegen der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen.

Abschliessend möchten wir betonen, dass es vielleicht in der aktuellen Bewältigung der Folgen des Klimawandels auch einmal den Mut braucht, über den bestehenden Rahmen hinauszudenken und einen Schritt weiterzugehen, als es bis jetzt möglich ist. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, ich kann im Namen aller bürgerlichen Parteien sprechen. Diese Petition entspricht den beiden Stadtklimainitiativen 1 zu 1. Ich glaube, die Petitionäre sind grösstenteils auch aus der gleichen Bewegung. Die Stadtklimainitiativen, Sie wissen es alle, wurden deutlich vom Volk abgelehnt. Ich habe jetzt vorhin nur Sachen gehört, warum man das unbedingt braucht. Wie Sie auch wissen, im Perimeter der geplanten Superblocks im St. Johann gibt es starke Oppositionen aus dem Quartier. Da sind fast 40 Seiten Rekurs geschrieben worden aus der Bevölkerung. Ich frage mich, ob die Petitionskommission mit diesen Leuten auch gesprochen hat. Ich höre immer nur, was man alles machen muss für dieses Stadtklima. Das Volk hat Nein gesagt, und Sie machen hier einfach weiter. Wir sprechen heute noch zwei oder drei Mal über das gleiche Thema.

Ich glaube, wir sollten langsam schon auch die Stimmbevölkerung ein bisschen ernst nehmen in diesem Thema. Daher sind glaube ich die bürgerlichen Parteien geschlossen dafür, dass diese Petition als erledigt betrachtet wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Sägesser. Sie wird angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben für das ganze bürgerliche Lager gesprochen. Ist denn das ganze bürgerliche Lager nicht in der Petitionskommission vertreten? Diese hat 11 zu 0 entschieden.

Daniel Seiler (FDP): Ich kann Ihnen diese Frage leider nicht beantworten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich muss meinen Vorredner ganz leicht korrigieren. Wie Sie in der Kreuztabelle sehen, ist die SVP tatsächlich für Überweisen an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Das mag Sie jetzt überraschen. Ich möchte das aber begründen, denn inhaltlich sind wir natürlich mit der Petition überhaupt nicht einverstanden. Die Petition ist Ausdruck davon, dass der Krieg gegen die Autofahrer in unserer Stadt eine neue Stufe erreicht hat. Durchgangsstrassen sollen vom Auto erlöst werden, und Ziel ist es schlussendlich, die Mülhauserstrasse etc. autofrei zu machen, als würde die Bevölkerung in unserem Kanton immer jünger und als könnten immer mehr Leute auf das Velo umsteigen, und als ob die Handwerker ja problemlos von ihrem Lieferwagen auf das Kassenvelo umsteigen könnten.

Die Petition verneint, dass die Qualität einer Stadt auch davon abhängt, wie gut die einzelnen Stadtteile vernetzt und erreichbar sind. Leben besteht eben nicht nur aus Wohnen. Auch die Mobilität muss ihren Platz haben. Die aufgeführten Gründe für diese ultraklimatistischen Forderungen kommen direkt aus dem Baukasten der Klimalobby und sind deshalb fern von jeder Lebensrealität.

Wieso wir jetzt trotzdem die Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme unterstützen hat, wie ich schon gesagt habe, nicht inhaltliche Gründe. Vielmehr wirft die Petitionsfragen auf, welche von grundsätzlicher Natur sind und wir sehen die von der Petitionskommission gestellten Fragen als teilweise interessant an und wünschen uns vom Regierungsrat Antworten.

Die Petitionskommission schreibt in ihrem Bericht richtig, dass der Regierungsrats Umgestaltungen und stadtklimatische Massnahmen grundsätzlich an sowieso anstehende Bauarbeiten koppelt. Ausgelöst werden Veränderungen im Sinne des Stadtklimakonzepts, also nicht basierend auf dem Handlungsbedarf gemäss bioklimatischer Betroffenheit, sondern basierend auf der Erhaltungsplanung an der Infrastruktur. Wir wünschen, dass der Regierungsrat in seiner Antwort diese Strategie bekräftigt und so für die Zukunft Sicherheit schafft. Auch die Frage, wie in privaten Tiefgaragen im St. Johann, aber auch generell leerstehende Parkflächen besser genutzt werden könnten, ist in unseren Augen von grosser Wichtigkeit. Der Regierungsrat erklärte schon vor Jahren, in dieser Richtung aktiv zu sein. Resultate sind keine oder praktisch keine sichtbar. Hier auch in dieser Frage mittels des Katalogs der Petitionskommission eine konkrete Aussage zu bekommen, erscheint uns als richtig und wichtig.

Schliesslich auch die Frage, wie der Regierungsrat Klimamassnahmen gegenüber der Restwertvernichtung von Infrastruktur gewichtet, ist hoch interessant. Wir sind gespannt auf die Antwort und hoffen doch sehr und bitten den Regierungsrat, dass er hier eine konkrete Antwort geben wird. Aus diesen Gründen, ich wiederhole es, nicht aus inhaltlichen Gründen - hat die SVP ein Überweisen an den Regierungsrat in der Kreuztabelle.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Das darf er.

Beda Baumgartner (SP): Sie haben von der Klimalobby gesprochen. Können Sie erklären, was die Klimalobby ist?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn Sie das nicht wissen, wie soll ich das dann noch erklären?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Das ging mir ein bisschen zu schnell mit den Fraktions- und Einzelsprechenden. Ich spreche aber trotzdem für die Fraktion.

Ich wollte eigentlich nur ganz kurz etwas zum Auftreten der Verwaltung in der Petitionskommission sagen. Jetzt hat sich diese Debatte zu einer Autolobby- und Velo-Klima-Lobby-Debatte entwickelt und ich möchte ganz vorweg kurz etwas sagen. Im Angesicht der Kriege, die auf dieser Welt toben, und der Menschen, die darunter leiden, finde ich es absolut schräg und komisch, dass wir hier jetzt davon sprechen, dass Krieg geführt wird gegen Autos. Dann möchte ich mich aber gleichzeitig auch ein bisschen anhängen an das Votum von Beat Schaller. Dass mir das passiert, hätte ich nicht gedacht. Und zwar hat die Petitionskommission zu einer Petition, die wir als GAB als eine sehr wichtige Petition einstufen, sehr viele interessante Fragen gestellt, als gesamte Petitionskommission mit dem bürgerlichen Lager zusammen. Ich bin da nämlich nicht einig mit Daniel Seiler. Die Bevölkerung hat nicht das komplett abgelehnt, dass man mehr Grün schafft in dieser Stadt, sondern sie hat diese Initiativen abgelehnt, und das akzeptieren wir. Aber es gibt ganz viele bürgerliche Stimmen, die sich auch nerven, wenn eine Strasse aufgerissen wird und danach nicht mehr Grün da ist.

Wir stellen Fragen dazu, ob es möglich ist und wie es möglich ist, mehr Grün zu schaffen in diesen genannten Strassen. Es geht auch nicht nur um das Velo, sondern der Fussverkehr ist mehrfach erwähnt in der Petition und auch in unseren Fragen, und ich glaube, es ist unser aller Anliegen, dass wir mehr Grünraum schaffen, da wo er möglich ist. Und jetzt komme ich noch einmal zu diesem Punkt mit dem BVD. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn wir diese Petition überweisen, diese Fragen beantworten und somit vielleicht der Regierung und dem Bau- und Verkehrsdepartement die Chance geben, den Eindruck zu widerlegen, den ich hatte in der Kommission und ich glaube ich war nicht alleine, den Eindruck, dass man das Gefühl hat, da will man jetzt gar nichts mehr machen, da ist gar nichts möglich, man macht einfach dieses Minimum. Das haben wir jetzt tausendmal gehört, und ich bin überzeugt, es gibt auch bürgerliche Personen hier drin, denen dieses Minimum so nicht reicht und die vielleicht nicht auf Kosten der Autos, aber auf Kosten anderer Objekte im Strassenraum oder in der Allmend sich über mehr Grünraum freuen würden.

Dementsprechend würde ich mich freuen, würde die Regierung diese Chance auch nutzen. Und was ich noch sagen wollte – es geht in der Petition nämlich auch um eine neue Parking-Strategie, mehr Sharing. Beat Schaller hat es schon gesagt, wir haben als Kommission auch extra Fragen gestellt, wie bestehende private Parkplätze besser genutzt werden können oder Firmenparkplätze, die nachts leer stehen und nur am Tag benutzt werden und ob man dieses Angebot erweitern könnte und somit auch für Mehrverkehrsberuhigung und für Sicherheit für Fuss und Velo sorgen könnten.

Das GAB bittet Sie, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie das Gefühl, dass die Baudirektorin zu wenig Begrünung macht? Wenn ich die Zeitung lese, höre ich täglich von neuen Bäumen, die gepflanzt werden.

Jo Vergeat (GAB): Es tut mir Leid, aber für mich ist es zu wenig Begrünung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet in der zweiten Runde. Wir kommen damit zur Abstimmung. Daniel Seiler beantragt, die Petition als erledigt zu erklären, die Petitionskommission ist für Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres.



Abstimmung

JA heisst dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen, NEIN heisst die Petition als erledigt zu erklären.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003634, 12.06.24 09:27:29]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Sie haben entschieden mit 57 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

13. Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet

[12.06.24 09:27:48, 24.5156.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Lukas Bollack, ich wäre ja noch bei Ihnen und würde es unterstützen, wenn es um eine bessere Pflege der vorhandenen Bäume gehen würde. Sie aber verlangen etwas, was als verbindliches Ziel in einer dicht bebauten Stadt nicht festgehalten werden kann, auch weil es viel zu viele Unsicherheiten dabei gibt. Sie schreiben richtig, dass die Trockenheit 2019 und 2020 sowie Stürme den Bäumen zugesetzt haben. Sie schreiben auch richtig, dass das Kronenvolumen und damit der Schattenwurf und die Verdunstungsleistung mit dem Alter exponentiell ansteigt. Und es ist auch richtig, dass von 2012 bis 2021 die Baukronenbedeckung in der Stadt Basel zugenommen hat. Es kann auch sein, dass, wenn in diesem Jahr die Überflugsdaten erhoben werden, diese etwas rückläufig ist, obwohl mehr Bäume gepflanzt wurden. Vielleicht wissen Sie auch, weshalb das so ist.

Ein Beispiel, welches eindrücklich aufzeigt, weshalb man Bäume eben nicht so schnell ersetzen und die Baumkronenbedeckung vergrössern kann, wie Sie sich das wünschen: Wenn Sie eine hundertjährige Eiche wegen Sturmschäden fällen müssen, dann müssten Sie 100 zehnjährige Eichen pflanzen, um nur schon dieselben Werte zu erhalten wie die der hundertjährigen Eiche. Nun stellt sich mir die Frage: wo wollen Sie diese 100 zehnjährigen Eichen pflanzen? Es würden noch mehr dazukommen für jeden älteren Baum. Das ist schlicht unmöglich, auch weil das Platz in der Stadt beschränkt ist und verschiedensten Ansprüchen gerecht werden muss.

Die einen wollen mehr Bäume, was ich unterstütze, die anderen anstatt bestehenden Bäume lieber einen Veloweg, wie das im Moment in Riehen diskutiert wird. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, Kompromissbereitschaft zu zeigen und nicht Extremforderungen zu stellen, die einfach nicht eingehalten werden können.

Dann geht es weiter mit dem Wetter, welches wir nicht beeinflussen können. Wie wollen Sie wissen, wann es wieder eine Trockenheit oder grosse Stürme gibt, welche Ihr Ziel wieder über den Haufen werden würden? Die Wahrheit aber ist, dass aufgrund von Zwangsnutzungen, welche durch die beiden trockenen Jahre und die letztjährigen Stürme entstanden sind, wir schon Mühe haben, die jetzige Baumkronenbedeckung zu erhalten.

Wie gesagt ist, bin jederzeit bei Ihnen, wenn es um bessere Pflege in den bestehenden Bäumen geht und womöglich eine Zunahme derselben. Das wird aber von der Stadtgärtnerei und im übrigen auch von der Gemeindegärtnerei in Riehen bereits seit Jahren gemacht. Dabei wird natürlich auch auf klimaangepasste Bäume und Baumalleen mit verschiedenen Baumarten geachtet.

Aus all diesen Gründen, und es gäbe noch mehr, bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich musste wirklich noch einmal schauen, ob ich beim richtigen Traktandum bin, als Felix Wehrli von Extremforderungen gesprochen hat, denn diese kann ich nun wirklich nicht finden in dieser Motion. Aber ich überlasse das Konkhern ganz Lukas Bollack.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, dass ich mich anlässlich des Vorstosses von Lukas Bollack noch ein bisschen schlau machen musste, zum Beispiel darüber, wie genau die LiDAR-Methode funktioniert und ich bin sicher, Sie wissen es auch nicht alle, aber dazu später noch ein paar Worte mehr.

In der Motion ist bereits dargelegt, welche Tradition der Baumschutz in unserem Kanton hat, bereits recht früh, weil man sich in Basel bewusst war, wie wichtig die Bäume für das Leben in der Stadt sind und man entsprechend begonnen hat, sie zu schützen. Leider hat man die Bäume und deren Gesundheit aber doch noch recht lange der so genannten autogerechten Stadt untergeordnet. Parkplätze und immer mehr Strassen waren auch in Basel lange noch wichtiger als die Bäume, die dafür weichen mussten. Dies zu korrigieren, daran arbeiten wir immer noch.

Aber zurück zum Anliegen des Vorstosses: Die Versuchung ist gross, dass man sich allzu oft darauf versteift, vor lauter Bäume den Wald nicht mehr zu sehen, respektive vor lauter Bäume zählt die Qualität derselben nicht mehr. Mit der Masseinheit der Baumkronenabdeckung anstelle des deutlich weniger aussagekräftigen Masses allein Anzahl Bäume kommen wir einen wichtigen Schritt weiter. Glücklicherweise gibt es eben die sogenannte LiDAR-Methode, die eine neutrale Untersuchung genau dieses Kriteriums zulässt. Die Methode dürfte auch jenen unter Ihnen ein Begriff sein, die grosse Hoffnung in künftige selbstfahrende Fahrzeuge setzen. Das «light imaging, detection and ranging» – daher kommt die Abkürzung LiDAR -, generiert qualitativ hochstehende Informationen in 3D, anders als bei einem Radar, der mit Radiowellen arbeitet, erfassen LiDAR-Sensoren ihre Umwelt allein mit Hilfe von Licht durch einen Fotosensoren. Ein Laserstrahl wird ausgesendet, trifft auf ein Objekt und wird von dort zurück reflektiert und mit ganz vielen solchen Lichtsignalen wird dann eine 3D-Karte der Umgebung erstellt. Das geht alles sehr schnell, daher ist die Methode auch für selbstfahrende Fahrzeuge im Einsatz. Der Ursprung dieser Systeme ist aber in der Luft- und Raumfahrt zu finden und geht auf die Sechzigerjahre zurück. Umso spannender, dass genau diese Methode uns bezüglich der Erfassung und der Zielsetzung im Bereich des Baumbestandes nun zu einem Schritt in die Zukunft verhilft.

Mit dieser Methode wird also die Baumkronenabdeckung in unserem Kanton erfasst. Sie lag 2021 im Siedlungsgebiet von Basel-Stadt bei ungefähr 16 Prozent. Sie haben alle das Dossier 131 vom Statistischen Amt erhalten. Daraus geht hervor, dass die minimale Zunahme der Baumkronenabdeckung zwischen 2012 und 2021 1 Prozent war, dass diese leichte Zunahme mit Vorsicht zu geniessen sei, weil sich die Methodologie in diesem Zeitraum stark verbessert hatte und die Daten nicht genau eins zu eins vergleichbar sind. Gehen wir aber trotzdem von einer unveränderten Abdeckung zwischen 2012 und 2021 aus. Die nächste Messung ist nun dieses Jahr erfolgt. Die Resultate werden für Herbst erwartet. Kolleginnen und Kollegen, ich befürchte, dass die Resultate dieser neuen Messung ernüchternd ausfallen werden, weil unsere Bäume extreme Hitze- und Trockenheitsperioden durchgemacht haben inzwischen und grosse Sturmereignisse zu erheblichen Verlusten geführt haben. Dafür dafür muss man gar nicht an den grossflächig abgestorbenen Hardwald verweisen, schon klar, diese Bäume gehören nicht zur Baumkronen Abdeckung von Basel-Stadt, aber es ist ein Sinnbild dafür, wie gross die Menge an Bäumen ist, die der Trockenheit zum Opfer gefallen sind.

Aber eben, wir müssen gar nicht so weit blicken. Lassen Sie uns an das gesperrte Gartenbad Bachgraben denken oder den Kannenfeldpark, wo es grosse Einschränkungen nach Sturmschäden gab. Diese werden uns fehlen in der Baumkronenabdeckung, wenn wir die neuen Zahlen erfassen.

In diesem Sinne hält die SP-Fraktion die Forderung der Motion für wichtig. Die Zeit des veralteten einseitigen Bäumchenzählens ist vorbei. Wir müssen gerade in der Stadt, wo Hitzebildung und die Luftqualität echte Herausforderungen darstellen, mit besseren Messgrössen arbeiten. Deshalb ist ein verbindliches Ziel in Bezug auf die Baumkronenabdeckung der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Danke für die interessanten Ausführungen. Denken Sie, diesen Laser könnte man auch dafür einsetzen, um zu identifizieren, wie viele Parkplätze durch Bäume aufgehoben worden sind?

Lisa Mathys (SP): Ich glaube nicht, dass es möglich ist, rückwärts Messungen zu machen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Die Baumkronenbedeckung zu erhöhen, ist sehr wichtig. Die Sommer werden immer heisser, und das ist kein Märchen, sondern das ist heute schon Realität. Hier ein paar Zahlen: Seit 1864 ist die Schweiz im Durchschnitt zwei Grad wärmer geworden. Seit 1901 haben wir in der Schweiz dreimal mehr Hitzewellen, die 10 wärmsten Jahre seit Messbeginn waren alle im 21. Jahrhundert, das heisst in den letzten 24 Jahren. Dass wir etwas unternehmen müssen, ist klar, insbesondere in dicht bebauten Städten wie Basel, denn hier sind die Auswirkungen auch bei uns spürbar und sie haben auch eine Auswirkung auf unseren Alltag und unsere Gesundheit. Im Jahr 2022 haben wir das sehr gut gesehen. Wir hatten einen Hitzesommer, in Basel wurde die 40 Grad-Marke fast geknackt.

Da ist klar, Baumtöpfe reichen nicht, sie sind zwar ein erstes Mittel, aber sie reichen nicht. Das Stadtklimakonzept macht keine verbindlichen Ziele für die Begegnung dieser Erhitzung und auch die Massnahmen, die erst gerade kürzlich vor wenigen Tagen ergriffen wurden, die Lockerung der Bestimmung für Pflanzentöpfe vor den Hauseingängen, sind sogar weniger als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Es ist sehr klar, es braucht mehr Bäume, es braucht eine höhere Baumkronenabdeckung.

Wir diskutieren hier zuerst diesen Vorstoss und danach auch meine Motion, direkt nacheinander, die im Grundsatz dasselbe möchten, nämlich mehr Baumpflanzungen. Es scheint gemäss Kreuztabelle auch, als würden beide überwiesen werden und ich finde auch, sie ergänzen sich sehr gut. Meine Motion legt den Fokus auf Baumpflanzungen im öffentlichen Raum und die Motion von Lukas Bollack möchte ein verbindliches Ziel zur Erhöhung der Baumkronenabdeckung.

Ich rege an, bei der Umsetzung dieser Motion, die wir jetzt diskutieren, mitunter auch auf den privaten Raum zu fokussieren, wenn es dann um die Umsetzung des Ziels gibt. Dies wird auch in anderen Städten bereits gemacht. Genf zum Beispiel hat ein konkretes Ziel, die Baumkronenabdeckung zu erhöhen. Sie pflanzen dazu Mikrowälder, auch auf Privatgrundstücken und sie prüfen zum Beispiel bei der Genfer Immobilienverwaltung auf ihren Parzellen, in welchen Gebieten es Baumpflanzungen ermöglichen könnte, wo die Baumpflanzinseln sind. Auch die Stadt Zürich fokussiert teilweise auch auf den privaten Raum. Auch sie haben ein Ziel für die Baumkronenabdeckung. Sie haben ein Pflanzinselscreening gemacht. Sie haben einen Giessalgorithmus gespeisen mit Informationen zu Werkleitungen, Informationen zu Bedingungen für Baumpflanzungen und haben im stark Hitze betroffenen Gebiet in Schwamendingen eine solche Studie gemacht für den privaten Raum und haben dort Pflanzinseln auf Privatgrundstücken ermittelt und die Besitzenden dieser Grundstücke darüber informiert, in welchen Bereichen ihres Grundstückes Baumpflanzungen möglich sind und sie dazu animiert, auf ihrem Privatgrundstück einen Baum zu pflanzen.

Dies ist höchst sinnvoll und ich denke, da haben wir tatsächlich auch noch Luft nach oben, um solche Massnahmen zu unternehmen, und ich denke, das ist ein verbindliches Ziel, das uns auch weiterbringt. Solche Baumpflanzungen, verbindliche Ziele, sind viel effektiver als Töpfe vor der Haustüre oder als Baumtöpfe. Sie sind sehr wichtig. Ich denke, in Basel können wir mehr. Wir sollten das Stadtklimakonzept ergänzen mit langfristigen Baumpflanzungen und Massnahmen, und wir werden daher zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie dürfen entscheiden, ob sie die Zwischenfrage annehmen. Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass in Basel-Stadt jährlich sehr viele Bäume zusätzlich gepflanzt werden und dass in der Schweiz jedes Jahr der Baubestand in der Grösse des Thunersees zunimmt?

Raffaella Hanauer (GAB): Die Stadt Basel ist mit der Baumkronenbedeckung im schweizweiten Städtevergleich relativ weit hinten und auch die Hitze nimmt zu. Daher braucht es Massnahmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben schon wieder Besuch auf der Zuschauertribüne und das freut mich. Ich begrüsse die Schülerinnen und Schüler der FMS Basel mit Lehrperson Tanja Ruder. Es ist uns eine Freude, dass ihr euch für die Politik interessiert und uns besuchen kommt. Wir wünschen spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit fahre ich fort mit der Debatte über Motion 3. Nächster Sprecher ist Philip Karger.



Philip Karger (LDP): Ich stimme dem, was Lukas Bollack in der Einleitung seiner Motion sagt, voll und ganz zu. Bäume sind ein wichtiger Faktor, wenn es um die Kühlung der Stadt, den Schattenwurf und die Biodiversität gibt. Auch der Aussage, dass alte Bäume viel leistungsfähiger sind als Jungbäume, stimme ich zu.

Interessanterweise wird gerade hier von der hochgelobten Stadtgärtnerei in eine ganz andere Richtung gearbeitet, man denke nur an die Entfernung der Kugelohrne bei der Haltestelle Margarethen, an die gefälltten Bäume beim wie Wielandplatz, die abgesägten Bäume bei der Haltestelle Holee und den zum Glück verteilten Versuch, viele Kastanien beim Steinmätteli zu fällen. Die Stadtgärtnerei fällt jedes Jahr circa 150 bis 200 Bäume. Für die gefälltten Bäume werden zwar Ersatzpflanzungen vorgenommen, doch handelt es sich dabei durchweg um Jungbäume mit sehr kleinen Kronen. Es wird viele Jahre dauern, bis diese Jungbäume auch nur annähernd die Grösse der ersetzten Bäume erreichen.

Sehr oft wird die Fällung vor allem der grossen Bäume mit der Gefahr für die Bevölkerung begründet. Sie könnten durch die anhaltenden Trockentrockenheit grosse Äste verlieren oder sogar umstürzen. Dieses Argument zählt kaum, denn mit der entsprechenden Pflegen der Baumkrone und einer guten Bewässerung wäre das Problem sehr oft behoben. Interessant ist, dass sich die Motion auf eine Befliegung im Jahr 2024 bezieht, bei der ein Rückgang vermutet wird. Mir war nicht klar, dass Vermutungen ausreichen, um den Regierungsrat zu etwas zu verpflichten.

Die Stadtgärtnerei beruft sich gerne auf Klima- und Sturmereignisse, Pilzbefall und andere Krankheiten, um zu gross geratene Bäume zu entfernen. Sollte diese Motion angenommen werden, wird sich an der Zahl der Fällungen im öffentlichen Raum kaum etwas ändern. Umso mehr wird es für private Baumbesitzerinnen noch schwieriger, kranke oder gefährdete Bäume fällen zu lassen, weil es sehr schwierig ist, solche Schäden geltend zu machen. Die hohen Kosten für die Pflege und Bewässerung alter und kranker Bäume müssen dann von diesen privaten Besitzerinnen getragen werden. Würde sich diese Motion explizit auf den öffentlichen Baumbestand beziehen und eine Budgeterhöhung zum Beispiel zuhanden der Stadtgärtnerei für die Pflege von alten Bäumen mit grossen Kronen fordern, wäre die LDP unter Umständen bereit, dieser Motion zuzustimmen. Da dies aber nicht der Fall ist, bitte ich Sie, auch im Namen der LDP, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist nun an Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Es ist unbestritten, wir wollen unsere Stadt wo möglich begrünen und wo sinnvoll zusätzliche Bäume pflanzen. So ist das heute die Philosophie des Bau- und Verkehrsdepartements bei jedem Projekt, das geplant und uns vorgelegt wird.

Diese Motion strebt nun einen Paradigmenwechsel an, weg von der Anzahl Bäume hin zur Baumkronenbedeckung. Sie will damit letztendlich etwas erzwingen, das sich schlicht nicht erzwingen lässt. Lassen Sie es mich so sagen, das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, Bäume wachsen nicht schneller, wenn man ein Ziel ins Gesetz schreibt. Sturmschäden lassen sich via Gesetz nicht verhindern, Hitzeschäden ebenfalls nicht.

Was könnten wir tun, um ein solches Ziel zu erreichen, wenn wir das jetzt ins Gesetz schreiben? Erstens, wir könnten bei Umgestaltungsprojekten mehrere Jungbäume etwas enger beieinander pflanzen, damit man schon kleine Wälder hat, aber der verfügbare Platz bleibt ja letztendlich derselbe. Das sorgt am Anfang wahrscheinlich noch schnell für etwas mehr Baumkronenbedeckung, weil da mehr kleine Bäumchen rumstehen. Aber weil Bäume Platz zum Wachsen brauchen, wird man früher oder später einen Teil dieser Bäume wieder entfernen müssen, damit die anderen Bäume dann genug Platz haben, um zu wachsen. Das scheint mir wenig sinnvoll und für die Bäume auch ein Stress.

Man könnte zweitens schauen, dass bei einer Ersatzpflanzung der Ersatzbaum ungefähr gleich gross ist, damit eine ähnliche Baumkronenbedeckung erreicht wird oder man kann zumindest einen Baum nehmen, der bereits eine gewisse Grösse hat. Aber auch das scheint mir in der Praxis schwierig. Sie können einen Altbaum nicht durch einen Altbaum ersetzen. Wo wollen Sie denn diesen entsprechenden hernehmen? Das würde auch mit Blicken auf das Klima wenig Sinn machen, weil es keine klimatischen Mehrwert hat. Es würde höchstens das Risiko erhöhen, dass der verpflanzte Baum die Umpflanzung nicht überlebt.

Man kann drittens private Baumpflanzungen anregen, wie das ja Raffaella Hanauer hier ausgeführt hat, aber nun, auch diese Pflanzungen brauchen Zeit, um zu wachsen. Auch hier fangen wir mit jungen Bäumen an und müssen dann warten, bis entsprechend diese Baumkronenbedeckung erreicht wird.

Viertens, wir widmen andere Siedlungsflächen um, übersetzt, entweder wir reissen Liegenschaften ab, was hier wohl eher nicht die Absicht ist oder wir widmen öffentlichen Raum um und auf das läuft es ja letztendlich hinaus. Da kann ich mich auf Kollege Seiler beziehen, auch hier wieder die Stadtklimainitiativen durch die Hintertür.

Man kann gewisse Prozesse einfach nicht beschleunigen, selbst wenn man es wollte. Ich hätte auch gerne, dass die Freiestrasse in vier Wochen und nicht in vier Jahren umgebaut wird. Leider ist das nicht möglich, und so braucht auch Baumkronenwachstum nun mal Zeit. Sie können natürliche Prozesse nur beschränkt beschleunigen. Und Sie können auch politische Prozesse nicht beschleunigen, indem Sie mit mehreren Vorstössen dasselbe erreichen wollen. Gerne erinnere ich



Sie daran, dass beim Regierungsrat bereits ein Anzug von Bela Barta hängig ist, wonach als neue Zielgrösse für den Erhalt des Baumbestandes das Kronenvolumen verwendet werden soll, und dieser Vorstoss geht ja in dieselbe Richtung.

Dass wir in der Vergangenheit nicht völlig geschlafen haben und das, was wir früher gemacht haben, durchaus erfolgreich ist, zeigt übrigens das gerade letzte Woche erschienene Dossier Basel des Statistischen Amtes, das uns ja bereits von Kollegin Mathys gezeigt wurde. Interessanterweise ziehe ich da ein bisschen andere Schlüsse daraus. Denn darin wird aufgezeigt, dass die Baumkronenbedeckung in der Elisabethen-Anlage als Beispiel von 14,6 auf 60 Prozent erhöht werden konnte. Der Grund dafür, «vor allem das Baumwachstum ist ausschlaggebend». Und genau deshalb wird die Baumkronenbedeckung in den nächsten Jahren stetig zunehmen, weil wir laufend zusätzliche Bäume pflanzen.

Und schliesslich noch das: Der Titel des besagten Artikels lautet «Aus der Luft sieht man 25 Prozent des Kantons vor lauter Bäumen nicht». Zur Erinnerung: Die Zielwerte von Genf und Zürich betragen 25 Prozent. Wir sind also in unserem Kanton auf sehr gutem Weg. Passen Sie auf, dass Sie vor lauter Bäumen den bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg nicht mehr sehen. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Lisa Mathys und Daniel Sägesser möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Zuerst hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Bei den 25 Prozent ist wohl noch der Wald in Bettingen mit eingerechnet. Aber egal. Bestreiten Sie, dass es bei der Auswahl von Bäumen verschiedene Sorten gibt, solche, die mehr und solche, die weniger Baumkronenabdeckung haben werden?

Luca Urgese (FDP): Nein, das bestreite ich nicht. Ich habe Vertrauen in die Stadtgärtnereoi, dass sie jeweils die Bäume auswählt, die für den entsprechenden Ort am sinnvollsten sind.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben gesagt, das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, und ziehen damit die Wirksamkeit von Monitoring-Massnahmen in Zweifel, die Lukas Bollack ja vorschlägt. Sie sind doch ein Mann der Wirtschaft. Sind Monitoring-Massnahmen nicht ein etabliertes und unumstrittenes Controlling-Instrument, das in der Wirtschaft jeden Tag eingesetzt wird?

Luca Urgese (FDP): Das Monitoring findet ja statt, es wird uns ja regelmässig ausgeführt wird, welches die Ergebnisse dieses Monitorings sind. Was diese Motion aber will, ist ein fixes Ziel festzulegen und das bedeutet ja, dass hier entsprechend auf dieses Ziel hingearbeitet werden muss. Und darum geht es, und das kann man nicht beschleunigen, indem man am Gras zieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Sägesser kann gerade vorne bleiben. Er hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Daniel Sägesser (SP): Lisa Mathys hat zwar schon einiges zur Methodik gesagt, die für die Arbeit bei der Baumkronenabdeckung anstelle der reinen Anzahl Bäume spricht. Es erscheint mir aber dennoch wichtig, noch ein paar ganz praktische Gedanken zur Bedeutung dieser angepassten Sichtweise zu ergänzen.

Wir erleben in unserem Kanton regelmässig hoch emotionale Debatten, wenn es um Bäume in unserer Stadt geht. Dies ist auf die Erfahrung zurückzuführen, die die Baslerinnen und Basler in den letzten Jahren gemacht haben. Die Hitzeperioden im Sommer werden intensiver und länger. Wir haben es sicher alle schon erlebt, dass wir während Hitzetagen wochenlang nicht mehr aus unserer Wohnung herauskam, nicht mehr gut schlafen konnten und uns dadurch bewusst wurden, was diese Belastung für vulnerable Menschen, für ältere, für Kranke, aber auch für ganz Kleine bedeuten muss. Es ist nicht einfach ein bisschen unangenehm, sondern es ist eine Gefährdung der Gesundheit.

Mit diesem Bewusstsein beurteilen wir heute auch Gestaltungsprojekte in unserer Stadt vielleicht noch anders als in früheren Jahren. Kolleginnen und Kollegen, denken Sie an die Freie Strasse. Wenn Sie sich dort nun 20 hohe dünne Bäume reindenken, dann wäre das zwar eine gute Sache für die Atmosphäre in dieser Einkaufsmeile, es wäre aber nie und nimmer ein geeignetes Mittel, um im Hochsommer eine Hitzebildung in dieser total versiegelten Strassenschlucht zu verhindern. Dazu bräuchte es grosse mächtige Baumkronen. Solche müssen wir also Jahre im Voraus mitdenken und einplanen. Das war übrigens auch ein wichtiger Punkt bei der Diskussion um die Neugestaltung des Allschwilerplatzes, mehr Raum schaffen, wo künftig Baumkronen für eine echte, angenehme und nötige Beschattung sorgen können. Die Ökolampad-Matte



mag noch so entsiegelt sein und noch von so vielen Bäumen gesäumt sein, ohne richtig guten Baumbestand auf dem Platz selber wird sich dort im Sommer dennoch eine unerträgliche Hitze bilden, mit der wir alle zu kämpfen hätten und die gerade für die älteren und geschwächten Leuten in den Institutionen rund um den Allschwilerplatz zu grossen Einschränkungen führen würden.

Mit diesen Beispielen möchte ich aufzeigen, wie relevant diese Messgrösse Baumkronenabdeckung für die ganze Stadt sind, für die Menschen, die in Basel leben und unterwegs sind. Auch habe ich das auch ich habe das Dossier des Statistischen Amtes mit grossem Interesse gelesen. Interessant fand ich dabei auch, dass innerhalb der drei Gemeinden, wenn man nur die Siedlungsfläche anschaut, Basel und Bettingen ganz ähnlich liegen, bei knapp 16 Prozent Baumkronenabdeckung. Riehen ist demnach wirklich das grosse grüne Dorf mit über 20 Prozent, und das sogar trotz des Hörnlivorplatzes.

So oder so, es ist enorm wichtig, dass unser Kanton sich Ziele setzt und nicht riskiert, dass wir durch eine allenfalls sogar sinkende Baumkronenabdeckung die Gesundheit unserer Bevölkerung aufs Spiel setzen. Die Zeichen der Zeit sind klar, es braucht mehr, nicht weniger Schatten. Und dann hat mich Daniel Seiler mit seiner Zwischenfrage beim Votum von Lisa Mathys noch auf eine Idee gebracht. Meine Kollegin hat zwar recht, dass man auch mit LiDAR leider nicht in die Vergangenheit schauen kann. Was aber absolut möglich wäre, wäre zu erfassen, wie viel Volumen des öffentlichen Raums heute Autos in Anspruch nehmen. Ich finde das eine grossartige Idee und möchte deshalb an dieser Stelle auch gleich der anwesenden Verkehrsdirektorin diese Idee mit auf den Weg geben, ich verspreche mir interessante Erkenntnisse von einer solchen Untersuchung. Besten Dank, wenn Sie diese Motion heute und überweisen und ich bitte die Fragenden nach vorne.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler stellt eine Zwischenfrage.

Daniel Seiler (FDP): Wie stellen Sie sich die Freie Strasse, die hier immer wieder zitiert wird, vor mit so vielen Bäumen? Wie soll die Anlieferung oder eine gewerbliche Sanierung stattfinden? Ich persönlich finde diese mobile Lösung im Moment eigentlich recht gut, aber ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Strasse funktionieren kann für die Zulieferung, wenn da viele Bäume stehen.

Daniel Sägesser (SP): Die Frage war ja, wie ich mir die Strasse mit vielen Bäumen vorstelle. Wunderschön.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist an Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben Riehen erwähnt. Ist Ihnen bewusst, dass Riehen so Grün ist, weil es eine bürgerliche Mehrheit hat? (*Heiterkeit im Saal*).

Daniel Sägesser (SP): Ihre Ausführungen werden bestritten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir sind uns ja eigentlich grösstenteils einig, wir brauchen mehr Bäume in der Stadt, zur Kühlung des Stadtklimas, für die Förderung der Biodiversität und für eine bessere Aufenthaltsqualität. Ich möchte kurz ausführen, warum wir mit dieser Motion der Regierung ein nützliches Werkzeug zur Erreichung dieses Ziels in die Hand geben würden.

Durch das Stadtklimakonzept, die aktuelle Planungspraxis sowie durch das Baumschutzgesetz sind wir schon auf einen guten Weg. Der Baumbestand in der Stadt Basel wächst jedes Jahr weiter an. Damit grenzen wir uns positiv ab von vielen anderen Schweizer Städten, in denen der Baumbestand oftmals trotz grosser Anstrengungen rückläufig ist. Wie ich schon im Motionstext ausgeführt habe, kann die reine Anzahl Bäume aber täuschen. Das Kronsvolumen eines Baums und damit sein Schattenwurf, seine Verdunstungsleistung und sein ökologischer Wert steigen mit dem Alter exponentiell an. Wird ein Baum entfernt und durch einen neuen ersetzt, braucht der Ersatzbaum Jahrzehnte, bis er wieder die gleichen Leistungen erbringt wie sein Vorgänger.

Durch das Baumschutzgesetz kommt es in Basel kaum mehr vor, dass Bäume leichtfertig im Rahmen von Bauprojekten gefällt und durch Ersatzbäume ersetzt werden. Auch der Baumschutz auf Baustellen wird gut durchgesetzt, so dass Bäume nicht mehr bei Bauarbeiten verletzt werden und später gefällt werden müssen. Viele Ausfälle gibt es aber aktuell durch den Klimawandel. Von den 20 häufigsten Baumarten im Bestand der Stadtgärtnerei sind in den letzten Jahren Zweidrittel



vermehrt von Schäden, ausgelöst durch Hitze und Trockenheit., betroffen. Diese Arten müssen in den nächsten Jahrzehnten durch besser geeignete Arten ersetzt werden. 2023 hatten wir beispielsweise einen grossen Verlust an alten Bäumen in der Stadt durch mehrere starke Sturmereignisse, denen zahlreiche durch die Hitzesommer 2018 und 2019 geschwächte Bäume zum Opfer gefallen sind.

Damit wir für die Effekte dieser erzwungenen Baumverjüngung in der Stadt nicht blind sind, macht es Sinn, für die Überwachung des Baumbestandes sowie für unsere Ziele in Zusammenhang mit dem Stadtklima und der Biodiversität statt der Anzahl Bäume die Baumkronenbedeckung heranzuziehen. Die Baumkronenbedeckung drückt den Anteil des Siedlungsgebiets aus, der von Baumkronen beschattet ist. Es sagt also direkt etwas aus über die Kühlleistung des Baumbestandes.

Wie andere Vorredner:innen schon ausgeführt haben, wird die Baumkronenbedeckung in der Stadt seit 2012 überwacht. Die Regierung setzt sich aber bisher keinen Zielwert in Bezug darauf. Die sind im Unterschied zu anderen Grossstädten in der Schweiz. Genf will die Kronenbedeckung im Siedlungsgebiet bis 2030 von 22 auf 25 Prozent erhöhen, Lausanne bis 2040 von 20 Prozent auf 30 Prozent und Zürich bis 2050 von 17 Prozent auf 25 Prozent. Ein solcher Zielwert macht Sinn, denn man definiert damit, um wie viel die Kühlleistung des Baumbestandes zunehmen soll für eine bessere Anpassung an den Klimawandel. In Kombination mit regelmässigen Messungen der Baumkronenbedeckung bekommt man wertvolle Informationen darüber, wo man in seinen Anstrengungen steht und in welchen Bereichen es gut läuft und wohl schlechter. Daraus können wiederum zielgerichtete Massnahmen abgeleitet und die zur Verfügung stehenden Mittel effizient eingesetzt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz eingehen auf Befürchtungen, die vom Gewerbeverband sowie von einigen Vorrednern geäussert wurden, nämlich dass die Motion zu zusätzlichen Einschränkungen und Vorschriften für Private führen könnte. Basel hat mit dem Baumschutzgesetz und mit den Vorgaben zum Baumschutz auf Baustellen im Vergleich zu anderen Städten schon sehr strenge Vorschriften für Private. In vielen Städten nimmt die Kronenbedeckung auf privaten Parzellen aufgrund der Bautätigkeit ab. In Basel ist dies nicht der Fall. Hier besteht aus fachlicher Sicht deshalb schlicht kaum mehr Steigerungspotential. Bei Privaten wird man, wenn dann mit positiven Anreizen für zusätzliche Baumpflanzungen arbeiten, wie es zum Beispiel mit dem Projekt «Mein Baum, dein Baum» schon in kleinerem Rahmen erfolgt. Die Privaten dürfen sich also eher auf zusätzliche Unterstützung freuen und müssen aus meiner Sicht keine Angst vor zusätzlichen Vorschriften haben.

Auch wurde genannt, dass in der Motion Extremforderungen gestellt wurden. Das kann ich jetzt nicht so nachvollziehen, weil die Regierung ist ja komplett frei in der Definition des Zielwertes. Es wird in dem Sinn keine Forderung gestellt. Ich bitte Sie deshalb für die Überweisung der Motion zu stimmen und freue mich, dass die Regierung bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben es gehört, der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Felix Wehrli. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003637, 12.06.24 10:02:38]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



14. **Motion 4 Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze**

[12.06.24 10:02:51, 24.5155.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wir haben es vorher von Lukas Bollack gehört. Ich glaube, wir sind uns alle einig, wir möchten mehr Begrünung im Stadtraum, wo dies auch immer sinnvoll und möglich ist. Wieso ist die LDP gegen diese Motion? Grundsätzlich ist es so, dass bereits überall dort über Begrünung gesprochen wird, wo auch umgebaut wird. Und es gibt in Basel sehr viele Baustellen. Sie wissen es, die Fernwärme wird ausgebaut, und auf jeder Fläche, die dabei umgewälzt wird, prüft man auch eine Begrünung. Aber die Leute haben genug von noch mehr Baustellen und das BVD ist auch überlastet mit Projektierungen. Und wenn man das zusammenbringt, dass man jetzt noch an anderen Stellen Baustellen planen will und losgelöst von diesen Flächen, die bereits umgebaut werden, auch noch Baumpflanzungen in Angriff nehmen will, dann ist das der *overkill*, den die Bevölkerung nicht möchte.

Es gibt auch etliche Vorstösse, die eine Baumpflanzenoffensive fordern. Es gibt klare Antworten vom BVD, die sagen, weshalb Baumpflanzungen zum Beispiel in der Freien Strasse nicht möglich sind, gerade weil Röhrennetzwerke dort sind. Das haben wir alles auch schon besprochen. Verlassen wir uns doch auf die Behörden, die eine klare Zielsetzung haben. Es gibt auch ein Stadtklimakonzept. Das wird hier angesprochen, dass dies die Baumpflanzungen nicht mit einbezieht. Aber dennoch erkennen wir aus verschiedenen Vorstössen, dass der Handlungsbedarf klar erkannt ist. Wir haben es ebenfalls vorhin gehört, dass wir ein positives Saldo haben, was Baumpflanzungen bei uns in der Stadt anbelangt. Das ist sehr erfreulich und darum braucht es diese Vorlage nach unserer Meinung nicht.

Gleichzeitig möchten wir auch festhalten, dass wir auch ein wenig Angst haben, dass diese Vorlage dann als Feigenblatt verwendet wird, um mehr Parkplätze verschwinden zu lassen und auch sonst in den Quartieren sagen wir, wir machen hier Grünraum, Parkplätze müssen weg und andere Nutzungen. Das wollen wir nicht unterstützen. Wir vertrauen hier auf die Planungen des BVD und sind deshalb gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Heute sieht es ja gerade etwas sonnig aus und die Hoffnung stirbt zuletzt, dass der Sommer dann auch tatsächlich einmal kommt und mit ihm wohl auch die Sommerhitze. Wir wissen es alle, Menschen leiden darunter, die Tiere leiden darunter, die Sterblichkeit bei älteren Menschen steigt. Wir wissen auch, was hilft: Grün, entsiegeln, Bäume. Töpfe mit Blumen. davon haben wir viel gehört, was auch immer man davon hält, das alleine ist nicht genug das wissen wir auch. Im Stadtklimakonzept wird auf die Erhaltungsplanung hingewiesen. Aber meine Damen und Herren, das bedeutet, noch ein halbes Jahrhundert zu warten und das halbe Jahrhundert haben wir nicht. Wir dürfen nicht so lange warten, es muss schneller gehen und es müssen neue Bäume gepflanzt und es muss entsiegelt werden, auch nicht nur dort, wo die Fernwärme kommt. Wer kennt nicht eine Asphaltfläche in seiner Umgebung, wo er oder sie sich täglich fragt, warum muss das hier eigentlich sein? Warum braucht man diesen Asphalt etwa auf einem Seitenweg bei mir Zuhause, wo Velos fahren? Die bräuchten diese Versiegelung nicht, Autos dürfen dort ohnehin nur für den Zufahrtsverkehr fahren.

Dieses Potenzial, das hier noch brachliegt, soll genutzt werden. Die Bäume und das zusätzliche Grün lindern die Hitzebeschwerden in der Stadt. Und es ist auch wichtig für die Biodiversität. Das steht auch in der Motion, es ist wichtig als Trittsstein für die Tiere. Ich bin immer traurig, wenn ich einen überfahrenen Igel sehe, das gibt es leider allzu oft, man wird das nicht ganz vermeiden können. Aber wenn man ein Stückweit auch da Abhilfe schaffen kann, ist das schön. Natürlich auch für die Insektenwelt, die Käfer und so weiter.

Also nochmals, wir möchten kein halbes Jahrhundert mehr erwarten und so lange geht es, wenn wir uns in der Erhaltungsplanung bewegen. Wir möchten ein Konzept für Baumbegrünungen und Entsiegelungen auch ausserhalb der Erhaltungsplanung und auch ausserhalb der Erneuerung der Fernwärme. Der *Overkill*, vor dem Michael Hug Angst hat, kann man auch verhindern. Wir wollen ja ein Konzept, eine Planung, die einen *Overkill* verhindert. Da gibt es Luft nach oben schon jetzt, dass nicht am selben Ort, wo gerade erst gebaut wurde, in einem nächsten Anlauf wieder entsiegelt wird. Aber ich bin überzeugt, dieses Konzept, wie es Raffaella Hanauer verlangt mit der Finanzplanung, kann auch so einen *Overkill* vermeiden. Deshalb darf ich auch im Namen der SP beantragen, dieser Motion zuzustimmen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich muss mich wiederholen, Sie machen es also schon wieder. Sie wollen eine Motion überweisen, die nichts anderes fordert als das, was das Stimmvolk letzten November klar abgelehnt hat. Zur Erinnerung: Die Stadtklimainitiativen, die klar abgelehnt wurden, forderten genau das, was jetzt hier wiederum gefordert wird: Umwandlung von Asphalt und Strassenraum in Grünraum, und das explizit auch dann, wenn es eben keine Baustellen oder eine Sanierung gibt. Michael Hug hat das schon ausgeführt. Zu erwähnen sind noch die Ressourcen, die es braucht, und die graue Energie. Strassenraum, der noch 30 oder 40 Jahren gute Dienste leisten würde, der soll einfach mit grossem Energieaufwand umgenutzt werden.

Für mich ist das eine Zwängerei und ich sehe auch sehr, dass Sie das Stimmvolk nicht respektieren. Es ist für mich auch nicht nachvollziehbar, dass die Regierung diese Motion entgegennehmen will, weil sie eben genau das macht, was abgelehnt wurde im November. Ich nehme hier einen zunehmenden Baumpflanzungswahn wahr, den Sie bieten mit Ihren Vorstössen und Ideen. Die Regierung lässt jede Baumpflanzung medial feiern und Sie reichen jetzt hier monatlich Ihre neuen Baumvorstösse ein. Wässern Sie diese Bäume dann im Sommer, wenn es heiss ist? Denn Bäumewässern ist ein sehr grosser Aufwand, und da kommt dann jemand wieder mit den Ressourcen beziehungsweise mit dem Wasser, das dann gebraucht wird.

Die FDP lehnt diese Motion ab. Wir haben in diesem Bereich nun wirklich jetzt schon genügend Initiativen und Massnahmen lanciert. Lassen wir doch jetzt einmal ein paar Massnahmen umsetzen und schauen, wie sich die Sachen bewähren und kommen dann wieder mit neuen Baumvorstössen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie sagen wiederholt, dass der Wille nicht respektiert werde. Sie haben in diesem Abstimmungskampf alle immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass es mehr Bäume gibt und in dieser Motion geht es ja darum, das eben möglichst gut zu machen. Sind nicht Sie derjenige, der leere Versprechungen gemacht hat im Abstimmungskampf?

Daniel Seiler (FDP): Nein, ich habe ja vorhin schon gesagt, dass Bäume gepflanzt werden und das unterstützen wir ja. Aber hier wird eben explizit gefordert, dass man nicht wartet, bis eine Baustelle ansteht, sondern man hinget und bestehenden Strassenraum zusätzlich aufreisst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Motionärin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Es freut mich sehr, wie breit meine Motion in diesem Saal getragen wird, auch wenn jetzt nicht allzu viele Stimmen dies unterstrichen haben. Der Kreuztabelle entnehme ich jedoch, dass sehr viele Unterstützende in diesem Saal vorhanden sind und es freut mich auch sehr, dass die Regierung die Motion entgegennehmen möchte.

Die Motion fordert ein Screening auf öffentlichem Raum und ein Konzept für Baumpflanzungen, Begrünungen und Entsiegelungen. Das Ziel dahinter ist sehr klar, wir müssen die Stadt kühlen. Wir haben zu lange keine wirkungsvolle Klimapolitik gemacht, die Schweiz wird heisser, die Welt wird heisser, auch Basel wird heisser. Wir brauchen mehr Schatten, wir brauchen mehr Verdunstung, die kühlt, wir brauchen eine Reaktion auf diese Erhitzung.

Das Stadtklimakonzept sieht leider nicht eine konkrete Massnahmenplanung für Baumpflanzungen ausserhalb der Erhaltungsplanung vor und ich denke, dass das nicht gut ist, wenn wir doch wissen, wie Hitzesommer in Basel-Stadt aussehen können, wenn wir zum Beispiel daran erinnern, wie es vor zwei Jahren war.

Ein paar Worte dazu, wie meine Motion umgesetzt werden kann. Andere Städte zeigen, dass man solche Screenings machen kann und dass es gar nicht so schwierig ist, daraus Massnahmen abzuleiten. Solche Screenings stützen sich auf bereits bestehende GIS-Programme, ein Programm im Kartierungsprogramm GIS. Das Programm wird gespeist mit Bedingungen, wie weit ein Baum bei der Pflanzung von einer Werkleitung entfernt sein muss, wo die Werkleitungen sind usw. Diese Programme gibt es heute schon. Die Hochschule Rapperswil macht das, auch das Crowd-Planungsprojekt in Zürich zeigte, wie so ein Screening geht. Städte wenden dies auch bereits heute an. Die Stadt Kriens hat ihr Ziel von Baumpflanzungen auch auf so ein Screening gestützt. Auch die Stadt Zürich hat für das Hitze betroffene Quartier Zürich West so ein Screening gemacht und plant nun Bäume zu pflanzen. Das könnten wir auch und ich denke, das sollten wir auch tun. Ich denke, wir sollten das Stadtklimakonzept tatsächlich auch mit solchen Massnahmen ergänzen.



Zur Einordnung meiner Forderungen: Meine Forderungen wollen das Stadtklimakonzept ergänzen, weil wir heute gerade für die Hitze betroffenen Quartiere nicht mehr vorsehen als Versprechen, dass vielleicht Bäume oder Baumtöpfe kommen, wenn die Erhaltungsplanung kommt. Ich denke, das wird den Bedürfnissen in diesen Quartieren nicht gerecht. Ich fordere daher ein Konzept für Baumpflanzungen. Ich fände es sinnvoll, wenn man sich bei diesem Konzept auch auf die am stärksten betroffenen Quartiere fokussiert und dabei kann man sich auch bereits auf das Stadtklimakonzept stützen. Das Stadtklimakonzept analysiert sehr gut, in welchen Quartieren es dringend notwendig ist, zu kühlen.

Bestandteil des Konzepts soll eine Umsetzungsplanung sein für den Zeithorizont bis 2037. Damit meine ich nicht, konkrete Projekte bereits zu haben für Baumpflanzungen, für Entsiegelungen, sondern man muss prüfen, wo es mehr Massnahmen braucht als das, was ohnehin schon aufgegleist ist und wie man das angehen möchte und in den nächsten 15 Jahren umsetzen möchte. Meine Motion fordert eine Umsetzungsplanung und diese soll sich auf ebenso ein Screening des öffentlichen Raums stützen. Die Tools bestehen schon, das ist nicht teuer. Die GIS-Funktionen gibt es schon, andere Städte haben Erfahrungen, die GIS-Funktionen sind tatsächlich auch gar nicht so komplex. Wir haben auch bereits Angestellte, die sehr gut GIS betreiben können, Kartierungen machen können, GIS-Analysen machen können.

Ich habe explizit nicht den ganzen öffentlichen Raum erwähnt in meiner Motion, sondern habe offen gelassen. Ich denke, es ist nicht sinnvoll, wenn wir zum Beispiel die Lange Erlen prüfen, sondern ich denke, der Fokus sollte wirklich auf den Quartieren liegen, die auch einen Bedarf haben. Ich denke, meine Motion ist wichtig, umsetzbar und eine gute Ergänzung des Stadtklimakonzeptes.

Kurz zum *Overkill*, der erwähnt wurde: Ich habe im Hitzesommer 2022 in Kleinbasel gelebt. Dort ist der Motorisierungsgrad sehr niedrig. Ich habe selber kein Auto. Ich halte das nicht für einen Overkill.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird bestritten von Michael Hug. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003639, 12.06.24 10:19:04]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen mit 64-Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

15. Motion 5 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen

[12.06.24 10:19:17, 24.5167.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit wird auch kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

16. Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist

[12.06.24 10:19:50, 24.5168.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist die bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Ich trete jetzt hier ganz alleine gegen die gesamte Kreuztabelle an, nicht etwa in der irrigen Meinung, dass ich hier obsiegen würde, sondern in der Hoffnung, doch noch ein gewichtiges Argument hier einzuführen und mitzugeben, das wäre schön. Es wäre auch schön, wenn ich noch zwei, drei Leute überzeugen könnte, aber es geht hier um die Argumentation.

Thema ist die Ausbildung, Ausbildung angehender Anwältinnen und Anwälte. Eine Ausbildung hat immer von einem Ideal auszugehen. Wie soll es im besten Fall sein? Es gibt dann immer Fälle, die nicht so gut sind, das ist schon beim Lehrplan im Gymnasium oder sonst irgendwo der Fall. Was ist also hier das wichtigste, das man lernen sollte. Unternehmensjuristen sind hervorragende Berufsleute. Ich kenne natürlich sehr viele von denen von Berufs wegen, ich bin sogar befreundet, es ist also keine Kritik an Unternehmensjuristen, sondern es geht um die Ausbildung, das Ideal der Ausbildung. Und das Ideal besteht eben darin, dass angehende Anwälte und Anwältinnen lernen und erfahren und spüren, dass bei genau gleichem Gesetz ganz konträre Meinungen und Interpretationen resultieren können, resultieren müssen aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten. Also, man vertritt einen Mieter und vertritt auch einen Vermieter, man vertritt eine Arbeitnehmerin und vertritt eine Arbeitgeberin, man vertritt einen Beschuldigten als Strafverteidiger und am nächsten Tag vielleicht als Privatkläger. Das ist aus meiner Sicht eben sehr wichtig, denn es geht hier nicht darum, Missionare auszubilden, die einseitig etwas lernen, sondern ein vollumfängliches Berufsbild zu haben.

Nochmals, das ist die Ausbildung, dass viele dann später sich auf etwas konzentrieren, dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Also nochmals: Nichts gegen Unternehmensjuristen, es gibt hervorragende Leute, aber aus meiner Sicht, sollte man als traditioneller Anwalt lernen, wie dieser Beruf auszuüben ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin weniger Idealist als Stefan Suter, vielmehr Realist. Das Advokaturexamen hat zum Teil den Sinn, zukünftige Advokaten und Advokaten auf die Ausübung der klassischen Advokaturberufes es im Sinne von Stefan Suter vorzubereiten. Es ist aber auch ein allgemeines Qualifizierungsexamen, wenn Sie die Stellenanzeigen ansehen. Da wird sowohl in der Verwaltung wie bei Unternehmen eben auch das Advokaturexamen verlangt. Das mag man beklagen, ist aber eine Tatsache. Und ich glaube, dass da auch ein Praktikum zählen kann, und wir einer der wenigen Kantone findet, wo das so nicht geht. Das ist nicht sehr sinnvoll.

Ich bin in seit mehr als 30 Jahren in einem Advokaturbüro tätig, das wahrscheinlich die meisten Volontärinnen und Volontären in Basel ausgebildet hat. Ich sehe da gerade einen meiner Vorgänger als Volontär in diesem Saale und ein Mitglied des derzeitigen Regierungsrates war auch Volontär bei uns im Büro. Ich glaube, es war auch eine Vorbereitung zum Beispiel auf das Amt eines Regierungsrates. Ich will nicht abschweifen, aber die Erfahrung in Unternehmen hilft eben auch später in der Advokatur, denn ein grosser Teil der Arbeit in der nicht klassischen Advokatur ist eben auch der Abschluss von Verträgen, das Aushandeln, das Beraten von Unternehmen usw., nicht forensisch. Das ist ein wesentlicher Teil des Berufsbildes und diesen Teil des Berufsbildes auszublenden ist für mich ein bisschen lebensfremd.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher, dem das Advokaturexamen geholfen hat, nachher als Richter tätig zu sein, zu überweisen, im Sinne eines modernen Berufsbildes. Ich hoffe, dass Stefan Suter in diesem Anliegen scheitert, grosse Unterstützung zu gewinnen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Auch die zweite Motion von Bruno Lötscher betreffend Anrechnung der juristischen Praktikas in Unternehmen ist unterstützenswert. Diese Möglichkeit ist im Kanton Basel-Landschaft bereits heute gegeben. Die Vorgehensweise, dass die Aufsichtsbehörde sicherstellt, dass nicht jedes Praktika angerechnet werden kann, sondern ein praktischer Bezug zum Anwaltsberuf bestehen muss, ist eine gute Lösung. Die Aufsichtsbehörde verfügt über entsprechendes Fachwissen. Und sollte es jemand doch schaffen, sich ein Praktikum anrechnen zu lassen, welches keinen oder zu wenig Praxisbezug hat, wird spätestens in der Prüfung merken, dass dies nicht so eine gute Idee war. Denn in der Prüfung wird praxisbezogenes und verknüpftes Wissen gefragt, und dies kann eben in der Verwaltung, an den Gerichten, in der Advokatur und hoffentlich bald auch in einem Unternehmen erlernt werden. Demgemäss ersuche ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Bei mir ist es noch nicht so lange her, dass ich die Anwaltsprüfung gemacht habe. Ich denke, es ist doch wirklich am sinnvollsten, wenn man verschiedene Praktikums macht, wenn man beim Gericht ein Praktika macht, wenn man in eine Kanzlei eines macht, aber ich denke, es hätte mir auch nicht geschadet, ein Praktikum in der Privatwirtschaft zu machen. Ich hatte Freunde, die haben das gemacht, konnten sich dann das in Basel-stadt nicht anrechnen lassen. Ich habe dann auch ein Praktikum in der Verwaltung gemacht. Ich konnte es mir anrechnen. Wirklich Sinn, warum er nicht durfte, was ich durfte, hat das eigentlich nicht gemacht.

Dementsprechend denke ich, wir verbauen uns nichts, wenn wir diese Motion überweisen und wenn wir dieses Feld auch öffnen. Es ist dann auch jedem selber überlassen, wo er das Praktikum macht, was ihm am besten hilft für die Prüfung. Ich empfehle es jedem, der die Prüfung macht, in verschiedenen Bereichen reinzuchnuppern. und dort die Erfahrung zu sammeln und diese dann auch für die Prüfung zu nutzen. Das gibt dann auch eine bessere Chance, die Prüfung zu bestehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Motionär Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich kurz halten. Ich danke Stefan Suter für das Votum, weil es kurz Gelegenheit gibt zu sagen, worum es geht. Es geht nicht darum, die klassischen Anwälte irgendwie zurückzustellen, im Gegenteil, wer den Anwaltsberuf ausüben will in einer Anwaltskanzlei, muss selbstverständlich dort seine Praktika gemacht haben, und die besten Leute werden das wissen und auch nach wie vor auch nachher dorthin gehen. Wer aber in ein grosses Unternehmen will - und wir haben solche Weltunternehmen hier in Basel -, der tut gut daran, während der Ausbildungsphase dort in der Rechtsabteilung tätig zu sein, weil solche Firmen in der Regel später dann diese Leute nicht mehr aufnehmen. Wer in der Ausbildungsphase dort gewesen ist, hat dann möglicherweise die grössere Chance, dort einzusteigen.

Es macht wirklich keinen Sinn, dass wir jedes Praktika im hinteren Appenzell oder irgendwo in der Schweiz auf dem Land akzeptieren, aber in einer Rechtsabteilung der Weltfirmen, die hier in Basel sind und international tätig sind, nicht akzeptieren. Es ist beschränkt auf sechs Monate, das bedeutet, dass man dann nachher immer noch an die Gerichte oder in die klassische Anwaltskanzlei soll, und das macht Sinn und das nützt allen und das erhöht die Qualität der Ausbildung weiterhin.

Es geht also nicht gegen die Anwälte im klassischen Sinn. Ich möchte, dass Sie weiterhin ganz tolle Volontärinnen und Volontäre haben in Ihrer Praxis, aber lassen wir die anderen auch zu, die die Vorteile des Marktes hier in Basel nutzen, vielleicht auch als Beispiel, das Ihnen noch gelegen kommen könnte, in eine Rechtsschutzversicherung. Da lernt man natürlich das Handwerk auch als Anwalt, und das zählt im Moment auch nicht, können wir im Moment auch nicht anerkennen, und das macht wirklich keinen Sinn mehr für die Zukunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Entschuldigen Sie meine naive Frage, aber braucht die Welt noch mehr Advokaten?



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Vielleicht nicht noch mehr, aber noch bessere.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Stefan Suter.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003642, 12.06.24 10:31:52]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 87 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

17. Motion 7 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes

[12.06.24 10:32:04, 24.5173.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

18. Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)

[12.06.24 10:32:37, 24.5177.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht zuerst an Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Natürlich bitte ich Sie darum, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Mit dieser Motion haben Sie die Möglichkeit, die Chance, eine bedeutende Weiche für die Zukunft zu stellen. Und darum bitten wir Sie eben auch, die Motion zu überweisen. In aller Kürze: Mit dieser Motion werden die geforderten Mittel für einen Basler New Green Deal



sichergestellt. Damit sollen genügend Mittel bereitgestellt werden für die vom Stimmvolk durch das Ja zum Gegenvorschlag der Klimagerechtigkeitsinitiative beschlossenen Massnahmen. Der Regierungsrat hat ebenfalls schon eine Klimaschutzstrategie vorgestellt und darin die Massnahmen ausgeführt. Die Forderung nach diesem Fonds ist also demokratisch legitimiert. Was aber noch fehlt, ist die Zusage der notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser beschlossenen Massnahmen.

Warum es eben diese Gelder braucht, muss ich Ihnen nicht ausführen. Darauf weist unsere Fraktion schon seit Jahrzehnten hin. Auch wenn der menschengemachte Klimawandel noch von gewissen Kreisen angezweifelt wird, sei es, weil sie es nicht wissen wollen oder sei es, weil man sich daraus politischen Vorteil verspricht, er ist Tatsache und er fordert unser politisches Handeln heraus. Ich erspare Ihnen auch eine Aufzählung all der kostenwirksamen Auswirkungen, die der Klimawandel mit all seinen Wetterextremen mit sich bringen wird. Das können Sie alle selber erleben und erfahren, wenn es Sie dann interessiert.

Der Schutz vor diesen Wetterextremen und das Aufräumen danach wird teuer, das kann ich Ihnen versichern. Umso glücklicher sind diese Staatswesen oder Gemeinwesen, die vorgesorgt haben und beim Aufräumen nicht mit leeren Händen dastehen. Dass es unserem Kanton momentan finanziell hervorragend geht, das wissen Sie selber auch, und dies muss in unseren Augen eben auch genutzt werden, um künftige, heute noch ungewisse Auswirkungen bewältigen zu können. Darum die Bitte, hier Ja zu sagen zu diesem Klimafonds

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas klarstellen: Investitionen in die Nachhaltigkeit sind auch Investitionen in die Standortsicherheit. Die hier ansässigen Firmen werden profitieren, wenn Schäden durch kommende Wetterextreme abgewendet oder schnell behoben werden können. Dann funktionieren auch die Lieferketten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen sicher zur Arbeit. Überlassen wir also die Aufgaben nicht den nachfolgenden Generationen, sondern nehmen wir unsere Verantwortung wahr schon heute, um die notwendigen Aufgaben und Ausgaben zu erledigen und die Ressourcen für die benötigten Massnahmen bereitzustellen.

Die Fraktion GAB bittet Sie deshalb, Ja zu sagen zur Überweisung der vorliegenden Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Diese Motion unterliegt mehreren grundlegenden Irrtümern. Der erste Irrtum: Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen nicht zusätzlich belastet werden. Das ist eine Illusion. Die hohen Überschüsse, die wir heute haben, sind eine Konsequenz unter anderem von Überbesteuerung. Der Kanton erhebt höhere Steuern als er zur Finanzierung seiner Tätigkeiten braucht. Daher kommen diese Überschüsse, die Einwohnerinnen und Einwohner sind also schon zusätzlich belastet.

Und dann muss man einfach festhalten: Höhere Unternehmenssteuern führen zu tieferen Löhnen und höheren Preisen. Die Kosten werden direkt oder indirekt an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Dieses zusätzliche Geld, das da beispielsweise mit der Ergänzungssteuer eingenommen wird, das kommt nicht aus dem Nichts. Es kommt aus dem Portemonnaie der Menschen, also die Einwohnerinnen und Einwohner werden mit einer solchen zusätzlichen Ergänzungssteuer zusätzlich belastet.

Und jetzt zum grundlegenden Problem der OECD-Ergänzungssteuer: Sie verschlechtert, das möchte ich nochmals deutlich festhalten, die Standortattraktivität unserer Region, weil die Unternehmen höhere Steuern zahlen müssen, die sie dann eben an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben müssen. Und deshalb ist die Kompensation und dass wir möglichst viel von diesen Einnahmen in die Kompensation investieren, absolut relevant. Und da geht es übrigens auch nicht um die Stabilität von Lieferketten, die sind ja nicht hier im Kanton, die sind ja ausserhalb.

Der zweite grundlegende Irrtum: Eine Vergabekommission ist fair und unabhängig. Das unterstellt, dass eine solche Kommission besser weiss, welche Massnahmen wirtschaftlich sinnvoll und zielführend sind. Das ist natürlich nicht so. Die betreffenden Unternehmen wissen deutlich besser, was in ihrem Unternehmen wirtschaftlich ist, was für ihr Unternehmen zielführend ist. Das beweisen sie heute schon, indem sie Ziele, zu denen sie sich verbindlich verpflichtet haben gegenüber dem Bund, übertreffen. Der richtige Weg bleibt, klare und realistische Ziele vorzugeben und der Wirtschaft den Weg zur Umsetzung zu überlassen.

Der dritte Irrtum: Diese Finanzierung ist fair. Diese Finanzierung führt dazu, dass ein kleiner Teil der Unternehmen, nämlich die, die Ergänzungssteuer bezahlen müssen, überproportional die Kosten tragen muss, und zwar gleich mehrfach. Erstens, weil ein wesentlicher Teil des Überschusses aus Unternehmenssteuern kommt, die, wie wir wissen, von relativ wenigen Unternehmen in diesem Kanton zu wesentlichen Teilen finanziert werden. Zweitens, weil eben diese Unternehmen dann zusätzlich von der Ergänzungssteuer betroffen sind, auch das ein relativ kleiner Teil, der Regierungsrat hat einst geschätzt, dass es 50 bis 100 Unternehmen sind, die da betroffen sind. Und dann gibt es ja noch die eigenen Massnahmen, die von der



Politik ebenfalls gefordert werden, dass die Unternehmen etwas tun, um klimaneutral zu werden. Das muss dann separat auch noch zusätzlich finanziert werden. Diese Finanzierung ist also alles andere als fair.

Und der vierte Irrtum ist, dass ein Fonds Klarheit über die Finanzierung bringt. Auch das ist nicht so, denn die Quellen, die da angegeben werden, sind keine stetigen Finanzierungsquellen. Es ist heute absolut unklar, wie hoch die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer sein werden, weil wir nicht wissen, wie die Unternehmen auf diese zusätzliche Belastung reagieren werden. Die Entwicklung dieser Einnahmen ist absolut offen. Und auch die Entwicklung der Überschüsse ist offen. Wir wissen heute nicht, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird angesichts der Unsicherheiten, die wir auf der Welt haben. Da ist also auch unklar, wie viel Geld dann in einen solchen Fonds fließen kann.

Ohnehin sind Fonds fragwürdige Finanzierungsmittel. Sie orientieren sich nämlich nicht am Mittelbedarf, sondern sie werden anhand der festgelegten Regeln entsprechen mit Mitteln gefüllt, und dann sucht man Verwendungszwecke für die entsprechenden Mittel. Das sehen wir am Beispiel des Mehrwertabgabefonds, der viel mehr Geld in der Kasse hatte, als ursprünglich eigentlich vorgesehen war, und dann haben wir Diskussion darüber geführt, was man auch noch Schönes mit diesem Geld finanzieren und machen könnte, und haben das Gesetz geändert.

Die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen und von Klimaschutzinvestitionen muss über den ordentlichen Haushalt erfolgen, den wir hier im Parlament jedes Jahr beschliessen. Man kann die Auseinandersetzung über die Prioritäten, die wir hier im Parlament führen müssen, nicht dem Parlament entziehen, indem man einfach separat einen Fonds einrichtet, über den wir dann nicht mehr entsprechend diskutieren müssen. Wir müssen die Diskussion über die Prioritäten im Grossen Rat führen, wo sie hingehören, nicht in einer Vergabekommission. Deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir haben das Ziel Netto Null bis 2037, und die vorliegende Motion möchte mit einem neuen grünen Deal einen Ansatz zur Zielerreichung bieten. Es geht darum, eine Methode zu generieren, wie die Investitionen, die in der Klimaschutzstrategie festgelegt wurden, finanziert werden können. Durch einen Fonds sollen genügend Mittel bereitgestellt werden für die definierten Massnahmen. Das Geld aus dem Fonds soll aus Bundesmitteln und Steuereinnahmen kommen, und eine Kommission regelt die Entnahme respektive die Verteilung der Gelder. Für die Ausarbeitung eines entsprechenden Konzeptes hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit.

Ich begrüsse innovative Vorstösse, so auch diesen. Die SP-Fraktion spricht sich für eine Erstüberweisung als Motion aus. Sie möchte an diesem Punkt aber offenlassen, ob sie eine zweite Überweisung unterstützen würde. Wir möchten jetzt zuerst wissen, wie die Regierung dazu Stellung nimmt und im Anschluss das noch einmal besprechen können. Grundsätzlich sind wir aber sehr dafür, weil wie gesagt, es eine innovative und doch gute Idee ist.

Eines muss uns allen klar sein: Es braucht jetzt klare Massnahmen, um Netto Null 2037 zu erreichen. Warum also nicht mit einem grünen Deal ein bisschen mehr fürs Klima tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich spreche hier für die Fraktion der GLP und möchte erklären, warum wir hier ein Offen haben. Es ist kein Geheimnis, dass es wohl auf dieses Offen ankommen wird, ob diese Motion überwiesen wird oder nicht. Offen heisst nicht, dass wir uns nicht einig sind. Wir sind uns weitgehend einig in der Fraktion, erstens, dass wir hinter den Klimazielen des Kantons stehen, zweitens, dass wir hinter entsprechenden Massnahmen stehen, drittens sind wir nicht so naiv zu meinen, dass das alles ausserhalb von staatlichen Mitteln erfolgen kann, all die Massnahmen, die nötig sind. Natürlich wünschen wir uns, dass die weitgehend von der Privatwirtschaft, von Privaten getragen werden, so weit wie möglich, aber es wäre naiv zu meinen, dass es nicht auch staatliche Gelder braucht. Die wird es brauchen.

Wir sind mit diesem Vorgehen nicht so glücklich. Wir glauben nicht, dass es der richtige Weg ist, jetzt einfachmal einen Fonds einzurichten, ohne dass klar ist, was man braucht, wo genau staatlicher Finanzierungsbedarf besteht. Uns ist nicht ganz klar, warum ein Fonds die richtige Lösung ist. Wir haben da sehr viele Fragezeichen. Auch diesbezüglich sind wir uns eigentlich einig. Weiter verweise ich auf die weiteren Bedenken, die insbesondere Luca Urgese in seinem Votum vorgebracht hat, ob jetzt das hier die richtige Lösung ist. Da sind wir sehr kritisch.

Was nur die eigentliche Frage hier betrifft, ob wir diese Motion jetzt heute überweisen sollen oder nicht, darüber sind wir uns nicht einig. Einige von uns finden insbesondere auch in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas und auch der gewissen Dringlichkeit, die hier gegeben ist aus moralischen Gründen, dass wir wirklich schnell handeln bezüglich Klimaschutz. Deshalb empfinden wir es eine gute Idee, diese Motion jetzt zu überweisen. Und auch im Sinne wie Michela Seggiani es für die SP ausgeführt hat, die Regierung detaillierter berichten zu lassen, finden wir keine Ressourcenverschwendung, sondern



finden wir sinnvoll. Wie es damit weitergeht, das wollen auch die Befürworter der Motion innerhalb der Fraktion offenlassen. Wie es dann mit einer zweiten Überweisung aussehen wird, hängt von der Antwort der Regierung ab. Der andere Teil der Fraktion erachtet das nicht als die richtige Lösung und lehnt die Überweisung der Motion schon heute ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht damit an Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es ist schon hoch interessant, wie beim Thema Klima die Diskussion früher oder später, aber unweigerlich auf das Geld hinaus kommt. Es geht dann zuerst um das Klima, dann um das Geld. Es zeigt sich immer deutlicher, was die Klimapolitik wirklich ist, nämlich ein riesiger Machtapparat und eine noch viel grössere Geldmaschine.

Diese Motion ist ein guter Beweis dafür. Die Kosten für den ersten Teil der Basler Klimastrategie belaufen sich nach Schätzungen auf etwa 3,6 Milliarden Franken, die Kosten für den zweiten Teil können vorerst nicht beziffert werden, so die Motion. Wir sollen uns also auf einen finanziellen Blindflug begeben. Es soll ein Fonds geöfnet werden, aus welchem die unbekannt Massnahmen finanziert werden. Das heisst, mit dieser Motion sind wir so weit, dass wir Gelder in eine Kasse legen sollen, ohne wirklich zu wissen, wofür, Hauptsache Klima, das rechtfertigt ja scheinbar alles, ganz nach dem Motto, das ist da, also verfügen wir jetzt schon darüber.

Wenn die Kosten unbekannt sind, wie und in welchem Umfang soll der Fonds geöfnet werden? Da muss doch zuerst wirklich eine Schätzung, wenigstens eine grobe Schätzung vorliegen, sonst würden wir zu wenig oder zu viel Volksvermögen zurückstellen. Im ersten Fall hätte der Fonds seinen Zweck verfehlt, im zweiten Fall wären das Gelder, welche vielleicht anders wo sinnvoller eingesetzt werden können.

Die Einwohner von Basel-Stadt sollen nicht zusätzlich belastet werden, so die Motion. Das ist lobenswert, aber wer es glaubt, wird selig. Es geht hier schliesslich um die basel-städtische Rettung der Welt, da darf der Steuerzahler ruhig noch etwas bluten, wenn nicht heute, dann morgen. Denn wenn sie nicht zahlen, unsere Steuerzahler, dann geht die Welt unter, so oder so, zumindest passiert es, wenn wir den Klimabefürwortern folgen.

Ich gebe Ihnen zu bedenken, dass das nur noch so lange funktioniert, wie wir überhaupt Steuerzahler in unserem Kanton haben. Es geht unserm Kanton finanziell hervorragend. Das begrüssen wir. Wir mahnen aber mit Nachdruck zur Vorsicht. Wenig Geld zu haben ist schwierig, viel Geld zu haben ist gefährlich, denn es macht unvorsichtig, es werden links und rechts Begehrlichkeiten geweckt, hier noch etwas Geld abzapfen, hier noch etwas Geld nehmen und das ist gefährlich.

Einfach einmal Geld auf die Seite zu legen, ohne wirklich zu wissen, wofür, ist aus unserer Sicht finanzpolitisch nicht zu verantworten. Die Motionäre würden lieber darauf bestehen, dass wir klare Auskunft über die gesamten Kosten der Klimastrategie erhalten, anstatt dass wir im Blindflug Gelder aussortieren, Gelder, welche wie gesagt möglicherweise dereinst für dringendere Ausgaben benötigt werden. Luca Urgese hat das in seinem Votum sehr schön ausgeführt. Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir es der Forschung und Entwicklung im Klimathema erleichtern, ihre Arbeit in unserem Kanton zu machen, statt Gelder in einen Topf zu werfen? Wie wäre es, wenn wir deutliche Steuerreduktionen für solche Unternehmen ermöglichen würden, ich meine deutliche Steuerreduktionen? Wie wäre es, wenn wir zur Welthauptstadt der Klimaforschung würden? Ich habe diesen Ausdruck schon in früheren Voten gebraucht, denn mit einer einzigen Entwicklung können wir weltweit mehr bewirken als auf etwa 40 km² etwas Klimatistik zu betreiben. Deshalb bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Ich danke Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Jo Vergeat hat das Wort.

Jo Vergeat (GAB): Sie reden von einem Machtgefüge beim Klimaschutz. Sind wir uns einig, dass 5,6 Milliarden beim Autobahnausbau auch ein Machtgefüge bei der Autolobby beweisen?

Beat K. Schaller (SVP): Nein, diese Gelder werden direkt für einen ganz bestimmten Zweck verwendet, für unsere Volkswirtschaft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie merken vielleicht schon daran, dass ich gegen die Motion rede, dass die Regierung kein inhaltliches Problem hat, sondern dass es um finanzrechtliche Themen geht. Uns geht es nicht darum zu sagen, wir



möchten kein Geld für den Klimaschutz bereitstellen. Wie haben den Auftrag schon, die Bevölkerung und Sie haben ihn uns aufgegeben mit Netto Null 2037. Sie brauchen keinen Fonds, um die Zusage der notwendigen Mittel zu bekommen, und Sie brauchen schon gar keine Vergabekommission. Ich muss sagen, das verstehe ich nicht, Wenn Sie wollen oder mir mitteilen, dass Sie nicht fähig und nicht in der Lage sind, darüber zu entscheiden, dann geben Sie es an eine Vergabekommission. Aber heute sind Sie die Vergabekommission. Sie entscheiden, wohin die Mittel gehen und wie viel. Wir haben den Auftrag, Ihnen die Vorlagen zu bringen, vor allem von Seiten BVD, Regierungsrätin Esther Keller. Sie entscheiden dann darüber, ob das korrekt und richtig eingesetzt ist.

Wir haben bisher schon über 500 Millionen Franken eingesetzt. Wir setzen die notwendigen Mittel ein und Sie entscheiden dann, ob es genügend Mittel sind oder ob es mehr braucht. Mit einer Vergabekommission geben Sie Ihre Kompetenz ab. Ich verstehe nicht ganz, warum Sie das wollen und warum Sie wollen, dass wir jetzt noch einen Fonds einrichten, zwei Jahre lang daran arbeiten. Ich verstehe den Sinn nicht ganz. Sie sagen immer, Sie haben Angst, dass die Mittel woanders hingehen. Aber Sie haben jetzt doch in der Hand. Machen Sie es und wir bringen die Vorlage. Und Sie machen ja auch immer Druck. Da kommt noch einmal eine Motion, noch einmal ein Vorstoss, das muss schneller gehen, Stadtklimakonzept. So ist unser System und ich finde es korrekt so.

Also Sie haben es daher in der Hand. Was nicht geht, ist die Ausschüttung. Wenn Sie den Gedanken haben, Sie könnten den Überschuss in den Fonds schieben, das geht finanzrechtlich nicht. Das muss vorher eingeplant werden, dann liegt es im Fonds, dann haben wir eine Kommission, die darüber urteilt, wohin das Geld geht.

Ich bin etwas überrascht, dass Sie das abgeben wollen und ich wäre dankbar, wenn die GLP, die mich beschäftigen möchte über den Sommer mit der Stellungnahme, sich das vielleicht noch einmal überlegt. Vielleicht genügen ihr auch meine Ausführungen hier und sie entscheidet, dass ich das nicht noch zu Papier bringen muss.

Ich darf aber auch sagen, ich bin mit meinem Vorredner Beat K. Schaller nicht einverstanden. Die Regierung ist klar der Meinung, dass es notwendig ist, dass wir einen Auftrag haben und dass wir die Mittel, die wir brauchen, auch zur Verfügung stellen. Aber reden Sie doch über das, was Sie wollen, über die Inhalte und machen Sie jetzt nicht so einen Nebenschauplatz auf, quasi einen Parallelhaushalt mit einem Fonds. Reden Sie über das, was Sie wollen, über die Inhalte.

Daher bitte ich Sie, die Motion auch zur ersten Stellungnahme nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur die Frage stellen, ob Sie der Vollständigkeit halber nicht auch noch an Ihre eigene Partei appellieren möchten.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das habe ich versucht an der Fraktionssitzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier-Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wie heisst es immer so schön, vom Saulus und Paulus. Haben wir bei 3,6 Milliarden, die in unterschiedlichsten Direktionen verteilt werden, bei denen eine Konsolidierung fehlt, weil es sehr komplexe Vorhaben sind – hier ein bisschen Klima, da ein bisschen Klima – irgendwo die Übersicht? Wir dürfen nicht Gelder per se einfach in einen Fonds legen, sondern wir müssten ganz klar die politischen Instrumente nehmen. Für mich wäre aber die Frage, durch die Komplexität und die Vielfältigkeit des Themas Klimaschutz, dass wir irgendwo eine Übersicht haben, dass wir periodisch auch wissen, wie viel Geld wir jetzt von diesen 3,6 Milliarden überhaupt verwendet haben. Diese Transparenz müssten wir irgendwie sicherstellen.

Es gibt verschiedene Alternativen, die wir auch noch anschauen können, marktwirtschaftliche Instrumente. Wir haben die Steuererleichterung, das ist auch ein Thema. Wie wägeb wir das ab? Das wägen wir hier in diesem Haus ab. Wir debattieren darüber und wir stimmen darüber ab.

Mein Anliegen war, eine Transparenz zu schaffen über die gesamten Ausgaben in Sachen Klima. Wir haben heute gerade gehört, 500 Millionen sind schon mal irgendwo verwendet worden. Da ist einfach die Frage, wo der Schwellwert ist, wo können wir als Parlament noch eingreifen und wo nicht.

Der Reiz für mich war, eine Übersicht zu erhalten. Der Fonds ist dazu nicht die geeignete Methode. Daher auch ein Wunsch an Regierungsrätin Tanja Soland, dass wir die Kosten transparent halten über die verschiedenen Direktionen und auch eine



Auskunft geben können, wo wir jetzt stehen in der ganzen Klimageschichte, auch mit den Kosten, stehen. Im Namen der LDP bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin doch froh, dass Olivier Battaglia auf den richtigen Weg zurückgefunden hat und somit seine Unterschrift mindestens fiktiv zurückgezogen hat. Nur ganz kurz. Diese Idee wird als innovativ bezeichnet und daher müsse die SP entgegen der Ansicht ihrer Finanzdirektorin einer Erstüberweisung zustimmen. Was bei der Errichtung einer demokratiefeindlichen Expertendiktatur innovativ sein soll, verstehe ich nicht. So innovativ bin ich nicht und in diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, dieses Konzept, das wirklich auch eine Ausschaltung unserer demokratischen Abläufe und rechtsstaatlichen Abläufe ist, hier endgültig zu erledigen. Es gibt wirklich sinnvollere Arten und Weisen, das Geld gut für unser Klima einzusetzen. Ich bitte doch die SP, und ich weiss, diese Bitte ist vergeblich, auf die Stimme der Vernunft, verkörpert durch ihre Finanzdirektorin, zu hören. Sie schaden damit nicht dem Klima, aber wir helfen unserer Demokratie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich möchte darauf hinweisen, dass Klimaschutz eine komplexe Aufgabe ist, eine Querschnittsaufgabe. Wir werden insgesamt zwei Klimastrategien haben. Wir werden zwei Klimaaktionspläne haben, mit zahlreichen Massnahmen. Ich habe vorhin gehört, man soll doch besser über Inhalte sprechen. Die Inhalte sind so komplex, weil wir mehrere Sektoren haben und die Aufgabe, diese Inhalte zu bearbeiten und diese Massnahmen aufzugleisen, liegt in erster Linie nun nach der Volksabstimmung beim Regierungsrat. Dieser muss diese Aktionspläne ausarbeiten und auch die entsprechenden Finanzierungen vorschlagen, Finanzierungen für ein sehr komplexes Querschnittsthema. Daher ist es durchaus sinnvoll, wenn wir Vorschläge bringen für Finanzierungsmechanismen, für Übersichten, für eine sinnvolle Finanzierung, für eine sichergestellte Finanzierung. Und deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen oder wenn Sie sich unsicher sind, sich zu enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an? Sie wird angenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Haben Sie den Eindruck, ich hätte das Budget nicht im Griff?

Raffaella Hanauer (GAB): Das habe ich so nicht gesagt. Ich denke aber, ein Instrument zu haben für diese komplexen Ansätze, so dass sie auch für alle verständlich sind, finde ich dennoch sinnvoll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Motionärin Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Die Klimakrise ist eine Belastung für die Bevölkerung, aber auch finanziell, das wissen wir dank der Beantwortung des Anzugs der Spezialkommission. Die Klimakrise kostet, je nach Rechnungsart, zwischen 90 Millionen und 700 Millionen Franken, wenn wir nichts tun. Das wissen wir. Wir wissen auch, was es uns kosten wird, das Netto Null-Ziel zu erreichen, ca. 4 Milliarden, davon geht die Infrastudie aus.

Wir sehen, es wird Geld brauchen, egal ob wir etwas machen oder nichts machen. Hier plädiere ich klar dafür, etwas zu machen. Was wir aber noch nicht wissen, ist, wie wir die Mittel genau verwenden und wofür. Hier werden die Papiere im Moment erarbeitet, und hier würde ein New Green Deal Planungssicherheit schaffen können. Wir fordern, ein Konzept zu erstellen, also noch nicht den Fonds selbst zu äufnen. Wir möchten diese Planungssicherheit analysieren können. Es geht uns darum, auch die Möglichkeit von Mitteln bereitzustellen, um diese Klimakrisefolgekosten zu finanzieren. Darum bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003645, 12.06.24 11:04:23]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen.

19. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe

[12.06.24 11:04:38, 24.5098.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP und der FDP, den Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Was auf den ersten Blick logisch aussieht, ist auf den zweiten und dritten aber unlogisch. Aber grundsätzlich ist es politisch völlig verfehlt, eine Institution zu zwingen, eine Kooperation mit einer privaten Stiftung eingehen zu müssen. Ich bedaure sehr, dass sich Raphael Fuhrer nicht die Mühe gemacht hat, die Gründe, weshalb einzelne Museen den Schweizerischen Museumspass nicht akzeptieren, zu eruieren und uns aufzuzeigen. So wäre er vielleicht selber zum Schluss gekommen, dass die Akzeptanz des Passes finanziell für gewisse Museen keinen Sinn macht und schon gar nicht mit seinen zwei Forderungen vereinbar ist, dass nämlich die staatliche Mitfinanzierung an die Anerkennung des Passes geknüpft wird oder aber die Museen auf anderem Weg gezwungen werden müssen, den Pass zu akzeptieren.

Es darf nicht sein, dass wir Museen zwingen, in eine private Stiftung zu investieren. Und weshalb sollte das Akzeptieren des Passes mit den Subventionen aus Basel in einem Zusammenhang stehen? Der Schweizerische Museumspass ist für Besuchende aus der ganzen Schweiz gültig, also für sehr viele, die rein gar nichts mit unseren Staatsbeiträgen in Basel zu tun haben. Zudem müssen Sie wissen, dass der Schweizerische Museumspass aus einer privaten Stiftung kommt, deren Hauptpartner die Raiffeisenbank ist. Diese Bank stellt ihren Genossenschaftsmitgliedern den Pass gratis zur Verfügung. Die Bank braucht also das Gefäss Schweizerischer Museumspass als Anreiz für ihre zwei Millionen Genossenschaftsmitglieder. Im Jahr 2022 haben rund 840'000 Raiffeisen-Kunden den Pass benutzt, aber nur 87'000 Besitzer direkt aus der Stiftung. Der Erfolg dieses Passes liegt also in der Korporation mit der Raiffeisenbank und ist somit zusammengekoppelt.

Und Sie wollen nun ernsthaft unsere Museenzwingen, einen solchen Pass zu akzeptieren, der notabene mit einer circa 80-prozentigen Rückerstattung Ertragsausfälle für Museen generiert. So kann dann der Schluss gezogen werden, dass, wenn ein Basler Museum dadurch Ertragsausfälle erleidet, diese wieder mit Subventionen aus Basler Steuergeldern gedeckt werden müssen. Wir befinden uns dann in einem Teufelskreis.

Ich unterstelle Ihnen, Raphael Fuhrer, dass Sie vor allem die Fondation Beyeler im Visier haben. Daher gehe ich etwas detaillierter auf diese ein. Im Falle der Fondation Beyeler, das wissen Sie selbst, kommen bei grossen Ausstellungen wie Matisse oder Picasso sehr viele Besuchende aus der gesamten Schweiz. Das ist nicht abhängig davon, ob sie den Schweizerischen Museumspass haben oder nicht. Hätten diese aber zum Teil einen Schweizerischen Museumspass,



erleidet die Fondation finanzielle Einbussen von 300'000 Franken pro Jahr, da sie von der Organisation eben nur diese 80-prozentige Rückerstattung erhält. Wöchentlich bietet die Fondation viele Ermässigungen und Vergünstigungen an. Alle Jugendlichen bis 25 Jahren können gratis immer in die Fondation gehen, und sie ist selber schon bei 30 weiteren Kooperationen, neben dem Oberrhein ist ein Museumspass, aktiv, übrigens auch das Schweizer Architekturmuseum und die Kunsthalle, die auch 24 andere Kooperationen haben. Es ist also nicht so, dass sie nichts tun.

Sie sehen, bei so viel Engagement ist es völlig verfehlt, Museen dazu zu zwingen, ein weiteres schweizweites System, und ich betone es nochmals zu Gunsten einer privaten Stiftung, zu akzeptieren, ein System, das ein Museum finanziell stark belastet. Im Gegenteil, es sollte uns eigentlich viel mehr interessieren und aufhorchen lassen, wie hoch die Ertragsausfälle zum Beispiel unserer fünf staatlichen Museen sind, weil sie den Schweizerischen Museumspass akzeptieren und wir mit Basler Steuergeldern diese Ertragsausfälle durch Staatsbeiträge wieder ausgleichen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys annehmen? Sie wird nicht angenommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Damit geht das Wort an den Anzugsteller Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe diesen Anzug eingereicht, weil ich selber reingelaufen bin. Ich wollte mit meinem Schweizer Museumspass unter anderem in die Fondation Beyeler, aber ich war auch schon beim Architekturmuseum vor der Türe und habe dann wieder realisiert, dass ich mit dem Museumspass keinen Gratis Eintritt habe. Und das fand ich sehr unlogisch, denn meine Kollegin hatte den Oberrheinischen Museumspass, und für sie war das kein Problem. Und für mich ist das nicht logisch, wenn man sagt, den einen akzeptiert man und den anderen nicht. Ich möchte damit nicht unterstellen, dass diese Museen sich nicht grundsätzlich engagieren und dafür sorgen, dass verschiedene Bevölkerungsschichten Zugang haben zum Museum, aber in diesem Fall geht für mich das Konzept nicht auf.

Ich habe diesen Anzug eingereicht zum Prüfen und Berichten. Von einem Zwang, wie das jetzt von Seiten der SVP und der FDP vorgebracht wurde, spreche ich nicht in diesem Anzug. Ich sage, es soll geprüft werden, ob das an die Subventionierung gebunden werden kann, weil ich finde, ein Museum, das über zwei Millionen Franken pro Jahr aus der Staatskasse bekommt, darf sich auch mit dieser Frage auseinandersetzen.

Wir kennen in vielen Bereichen solcher Abomodelle und wir wissen, was der Effekt ist. Natürlich kann es mit einem Abomodell pro Eintritt, pro Telefongespräch oder pro Zugfahrt gewisse finanzielle Einbussen geben gegenüber jemandem, der den Preis voll bezahlt. Aber der Effekt ist doch, dass man durch das Abomodell auch viel häufiger diese Dienstleistung, dieses Angebot in Anspruch nimmt. Wenn ich das GA habe, fahre ich mehr Zug, als wenn ich jede Fahrt einzeln zahlen muss. Wenn ich ein Telefonabo habe, telefoniere ich mehr als wenn ich für jedes Telefonat sekundengenau abgerechnet werde. Und was ich von Museen gehört habe, ist, dass diese Leute, die einen Museumspass haben, vielleicht auch mal über Mittag ganz gezielt gewisse Aspekte einer Ausstellung anschauen gehen. Sie gehen eben nicht einen ganzen Tag lang ins Museum und drücken sich alles rein und haben am Schluss eigentlich gar nicht so viel davon. Das Museum profitiert dann eben auf diese Art, dass diese Leute pro Eintritt dem Museumspass zeigen und dann 80 Prozent oder wie viele Prozent es sind abgerechnet werden, und das ist eben häufiger der Fall, als wenn ich den Einzeleintritt bezahle. Ich bin mir also nicht sicher, ob das am Schluss ein Verlustgeschäft ist.

Und wenn ich sehe, dass viele Museen wie zum Beispiel das Kunstmuseum Basel, das im letzten Jahr mehr Eintritte hatte als die Fondation das schaffen und in ihre Preispolitik integrieren können, dann frage ich mich, warum das bei vielen Museen in Basel aufgeht, bei anderen aber nicht. Ich hätte gerne geprüft, ob man hier einen Schritt vorwärts machen kann, ob man das verknüpfen kann. Darum habe ich den Anzug eingereicht und ich würde mich freuen, wenn er überwiesen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raphael Fuhrer nimmt beide Zwischenfragen an. Damit darf zuerst Lisa Mathys fragen.

Lisa Mathys (SP): Leider konnte ich die Zwischenfrage nicht Jenny Schweizer stellen, aber vielleicht können Sie mir helfen, die SVP zu verstehen. Die SVP ist ja die Partei, die immer gegen die so genannten Eliten schimpft. Hier ist es ein Anliegen für einen niederschweligen Zugang zu wertvoller Kultur in unserem Kanton. Wieso wehrt sich die SVP dagegen?

Raphael Fuhrer (GAB): Eine sehr gute Frage. Meiner Meinung nach ist Kultur eine Bereicherung für allen Menschen und kann das Leben aller Menschen unabhängig von Einkommen und Hintergrund bereichern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage ist von Jenny Schweizer.



Jenny Schweizer (SVP): Können Sie sich wenigstens vorstellen, dass die kleineren Museen den Schweizerischen Museumspass, akzeptieren, damit sie mehr Besucherzahlen generieren können und diese sich wieder positiv auswirken, wenn Sie diese in der BKK vorstellen?

Raphael Fuhrer (GAB): Ja, das habe ich ja berichtet. Ich kann mir das für jedes Museum vorstellen, unabhängig der Grösse. Wenn ein Museum ein gutes Angebot macht, dann kommen die Leute und sie kommen auch gerne mehr als einmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003647, 12.06.24 11:15:04]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 71 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Uestetuelete 2.0» in Basel-Stadt

[12.06.24 11:15:18, 24.5099.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze

[12.06.24 11:15:38, 24.5105.01]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Hitze belastet vulnerable Menschen, das ist ein Problem. Nun sitzen wir ja hier, um Probleme zu lösen. Um ein Problem zu lösen, muss die Ursache eruiert werden und dann die Ursache angegangen werden, soweit meine Meinung. Für die zunehmende Hitze ist die Ursache gemeinhin die Erwärmung des Klimas. Wir müssen also diese Ursache beseitigen. Das heisst aber auch, dass Massnahmen zur Linderung der Hitze immer auch die Erhitzung des Klimas dämpfen sollten. Die Auswirkungen der Klimakrise abzdämpfen ist eines der Ziele des neuen Energiegesetzes. Hier nun für eine vielleicht kurzfristige Linderung möglicherweise die mittel- und langfristigen Ziele zu torpedieren, erachtet unsere Fraktion als nicht zielführend. Zudem wird im Anzug als eigentliches Problem die Baubewilligungspraxis beziehungsweise der Denkmalschutz genannt. Setzen wir doch dort an. Bauen wir unsere Stadt so, dass sie auch in Zukunft für alle Menschen lebenswert bleibt.

Das GAB anerkennt, dass die Hitze für vulnerable Personen belastend ist, keine Frage, und fordert deshalb einen griffigen Hitzemassnahmenplan der Regierung. Diese hat es bisher verpasst, adäquate Massnahmen zu ergreifen. Gemäss der Kreuztabelle stehe ich hier ein bisschen alleine. Falls Sie den Anzug zur Prüfung an die Regierung überweisen sollte, dann gilt es, eine Lösung vorzulegen, welche die Ziele des Energiegesetzes nicht schwächt und trotzdem vulnerablen Menschen Entlastung von der Hitze schafft.

Da unsere Fraktion insgesamt eine Schwächung des Energiegesetzes befürchtet, bitten wir Sie darum, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Lange galten Klimaanlage als unnötiger Luxus und wegen des hohen Stromverbrauchs und dem lange noch hohen Fossilanteil im europäischen Strommix als wahre Klimakiller. Deshalb war die energiepolitische Regulierung solcher Anlagen absolut richtig und wichtiger Bestandteil einer verantwortlichen Klima- und Energiepolitik. In den vergangenen Jahren haben sich nun aber zwei wichtige Parameter in dieser Logik erheblich verändert.

Erstens, die eskalierende Klimakrise führt dazu, dass Hitzeperioden im Sommer häufiger, heisser und länger werden. Davon ist der Kanton Basel-Stadt besonders betroffen. Insbesondere in den stark versiegelten Quartieren staut und akkumuliert sich im Sommer die Hitze. Durch die ebenfalls immer häufigeren Tropennächte ist es während immer längeren Phasen nicht mehr möglich, über Nacht Gebäude allein durch Lüften auskühlen. Darunter leiden vulnerable Personen besonders.

Zweitens, durch den mittlerweile rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, herrscht in Europa, insbesondere im Sommer zunehmend ein Überschuss an sauberem Strom, also just zu der Zeit, in der Bedarf für aktive Gebäudekühlung besteht. Bereits heute muss deshalb immer häufiger Stromproduktion abgeriegelt oder gar Strom vernichtet werden. Sie fragen sich jetzt vielleicht, wie jetzt? Gestern eine Energiekrise und heute Stromüberfluss? Um dieses Paradoxon aufzulösen, erlaube ich mir einen kleinen Ausflug mit Ihnen in die europäische Energiewirtschaft.

Lange ging der Photovoltaikausbau nur sehr schleppend voran in Europa, bis sich im Jahr 2019 der Knoten löste. Seit dann geht das rasant aufwärts. Allein in den letzten fünf Jahren wurden in Europa über 180 Gigawatt Photovoltaik zugebaut. Dies entspricht im Jahr so viel Strom wie 24 AKWs in der Grösse des AKW Gösgen. Bekanntermassen produziert die Photovoltaik im Sommer jedoch mehr Strom als im Jahresdurchschnitt. In den Sommermonaten Mai bis August ist das rund Faktor 1,5.

Dies bedeutet, dass allein in den letzten fünf Jahren zugebaute Photovoltaik in den Sommermonaten so viel Strom produzieren wie 36 Atomkraftwerke. Und der Zubau geht munter weiter. Für das laufende Jahr 2024 wird mit einem Zubau von über 60 Gigawatt Peak gerechnet. Dies entspricht einem Zubau von acht beziehungsweise in den Sommermonaten zwölf AKWs zusätzlich, jedes Jahr.

Vielleicht stellen Sie sich jetzt die Frage: JA wenn es doch so toll läuft mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, weshalb hatten wir dann Energiekrise? Nun, hier ist uns die Atomkraft in die Parade gefahren. Der massive Ausfall von Atomkraftwerken ab dem Jahr 2021, vor allem in Frankreich, führten zu massiver Minderproduktion. Auf dem Höhepunkt der Energiekrise 2022 haben die französischen Kernkraftwerke 136 Terrawatt Stunden zu wenig produziert. Dies entspricht sieben Prozent der kompletten europäischen Stromproduktion und ist für einen Markt, in dem Angebot und Nachfrage zu jedem Zeitpunkt 100 Prozent deckungsgleich sein müssen, eine ungeheure Menge. Zu viel, als dass die erneuerbaren dies so kurzfristig durch Zubau hätten vollständig kompensieren können.

Nun haben aber in den vergangenen Monaten die Franzosen ihre alten Öfen vorzu wieder ans Netz geprügelt und der Ausbau der erneuerbaren Energien konnte aufholen. Das Jahr 2024 wird nun das erste Jahr sein, in dem der Zubau der vergangenen fünf Jahre voll spürbar wird. Immer häufiger und immer länger werden wir Überfluss an sauberem Strom



haben. So ist dieses Jahr auch das erste Mal überhaupt zu beobachten, dass der Strompreis an der Strombörse sogar an Werktagen auf Null oder sogar darunter sinkt.

Das sind die Störstrombörsenpreise vom 14. Mai, einem Dienstag. Dank dem hohen Stromertrag in ganz Europa ist der Strompreis sechs Stunden lang unter Null. Im Sommer Strom zu verbrauchen wird also zur bezahlten Dienstleistung. Unter diesen Umständen darf also hinterfragt werden, ob der energiepolitische Teil der Regulierung von Klimaanlage noch effektiv verhältnismässig und zeitgemäss ist.

Aus diesen Gründen und weil der SP-Fraktion vulnerable Personen am Herzen liegen, wird meine Fraktion diesen Anzug heute dem Regierungsrat überweisen. Und weil unser Slogan für alle statt für wenige lautet, habe ich letzte Woche einen Vorstoss eingereicht, in dem ich den Regierungsrat bitte, die Regulierung nicht nur ausschliesslich für die Zielgruppe der vulnerablen Personen zu überprüfen, sondern gleich generell für alle.

Jo Vergeat (GAB): Eine ganz ernst gemeinte Frage: Ich wurde nach meiner Unterschrift unter diesen Vorstoss ganz stark angegangen wegen der Lärmproblematik von Klimaanlage im Aussenbereich. Gibt es da auch einen positiven Trend hin zu ruhigeren Klimaanlage?

Daniel Sägesser (SP): Ja, dieser Trend ist im Wettbewerb um Klimageräte festzustellen. Hersteller, die besonders leise Klimaanlage haben, die heben diesen Parameter werbend hervor.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Anzugsteller Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich danke für den Exkurs, schön, einmal auf derselben Seite zu stehen. Es ist wichtig, dass wir hier jetzt handeln und nicht warten, bis die Baumkronen sich entwickelt haben. Wir müssen wirklich Massnahmen ergreifen, dieser Wunsch kommt auch aus im Gesundheitsbereich von Ärzten. Ich habe auch mit Altersheimen darüber gesprochen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier rasch Massnahmen für die vulnerablen Menschen ergreifen und daher danke ich für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Anina Ineichen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003650, 12.06.24 11:25:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen.



22. Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle

[12.06.24 11:25:38, 24.5106.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Im Namen der GAB-Fraktion möchte ich diesen Anzug bestreiten. Ja, wir leben nicht in friedlichen Zeiten, das macht Sorge, das macht betroffen und das macht auch Angst. Noch nie wurde weltweit so viel Geld für militärische Aufrüstung ausgegeben wie in diesem Jahr. Das ist eine bedenkliche Entwicklung. Der vorliegende Anzug möchte nun den Orientierungstag auch für Frauen für obligatorisch erklären. Damit sollen mehr Frauen motiviert werden, ebenfalls eine RS abzulegen, denn, so steht das im Anzug, Geburten starke Jahrgänge gehen zurück und unsere Milizarmee schrumpft. Nun sollen also die Frauen die Personallücke stopfen.

Wir sind überzeugt, dass wir in der Schweiz unseren Beitrag zur internationalen Friedensförderung nicht mit einem Armeeausbau leisten, sondern mit unseren guten Diensten, mit unserer humanitären Tradition und indem wir verantwortungsvoll wirtschaften, Langfristigen und wirklichen Frieden erreichen wir nicht mit einem globalen Wettrüsten, schon gar nicht in der Schweiz.

Ein Argument dieses Anzugs kann ich so unterstützen. Es kann nicht sein, dass motivierte junge Frauen, die einen Armee- oder Zivilschutzeinsatz leisten möchten, Ferien eingeben müssen, um sich überhaupt einmal am Orientierungstag zu informieren. Ein solcher Anzug wäre für uns durchaus diskutabel gewesen, dafür gerade ein Obligatorium für alle Geschlechter auszusprechen, schießt aber weit über dieses Ziel hinaus. Für ein solches Obligatorium fehlt uns aktuell die Grundlage. Wir kennen in der Schweiz keine Verpflichtung für Militärdienst für Frauen.

Ich bin durchaus offen, eine Neugestaltung des Militärdienstes zu diskutieren, bei der alle Geschlechter mitgedacht werden, aber mit einem Obligatorium für den Orientierungstag auf kantonaler Ebene zu beginnen, ist falsch herum gedacht. Ich bitte Sie daher, den vorliegenden Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die jährlichen Orientierungstage sind für Männer obligatorisch, für Frauen nicht. Mit diesem Anzug soll, wie erwähnt, das Obligatorium ausgeweitet werden. Dies wäre aber höchstens dann sinnvoll, wenn auch eine Dienstpflicht für alle bestünde. Dies ist jedoch nicht der Fall und entspräche auch nicht unsere Vorstellung von Gleichstellung.

Die Sinnhaftigkeit einer Aufstockung des Armeepersonals lasse ich beiseite, es wurde auch schon vorher erwähnt, jedoch lassen sich heute weniger als drei Prozent der Frauen in den jeweiligen Jahrgängen rekrutieren. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass aufgrund einer obligatorischen Teilnahme am Orientierungstag automatisch deutlich mehr Frauen sich für das Leisten von Militär- oder Zivildienst entscheiden würden. Der Besuch wäre eher für einen Grossteil der anwesenden Frauen eine reine Alibiübung und für die Arbeitgeberinnen ein Verlust an Arbeitsstunden. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Dass Frauen wie Männer an den Orientierungstag gehen sollen können, ohne dass sie einen Ferientag verwenden müssen, ist eine legitime Forderung. Dies ist jedoch obsolet, denn es ist bereits so, dass sie keinen Ferientag verwenden müssen. Die Arbeitgeber sind laut Webseite des Kreiskommandos Basel-Stadt rechtlich dazu verpflichtet, den Lohn für den Orientierungstag zu entrichten und zwar für Mitarbeiter wie auch Mitarbeiterinnen.

Entsprechend sehen wir wirklich keinen einzigen Vorteil in einer obligatorischen Teilnahme an den Orientierungstagen für Frauen, sondern nur einen unnötigen Aufwand und potenziellen Frust bei den Teilnehmerinnen. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Anders als meine Fraktion werde ich diesen Anzug heute ebenfalls nicht überweisen, weshalb ich dies kurz begründen möchte. Ich habe mich gefragt, was dieser Anzug eigentlich bezwecken möchte. Geht es um die



Gleichstellung, geht es einfach um einen bezahlten Orientierungstag für Frauen, geht es um Werbemassnahmen für Viola Amherd?

Für alle diese politischen Argumente scheint mir dieser Anzug das falsche Argument. Aber dazu etwas später. Das Hauptargument gegen diesen Anzug ist aus meiner Sicht das folgende: Es gibt ein paar wenige Rechtsgebiete, die ganz klar der abschliessenden Bundeskompetenz zuzuordnen sind und dazu gehört nun einmal ebenso klar die Militärgesetzgebung. Anders als etwa im Bereich der eigentlichen Gleichstellungsgesetzgebung haben Kantone im Hinblick auf den Orientierungstag keine eigene gesetzgeberische Kompetenz, sondern sie sind reine Vollzugsorgane. Eine kantonale Regelung des Orientierungstages ausserhalb der reinen Umsetzungskompetenz widerspricht also meines Erachtens derogatorischen Kraft des Bundesrechts und der Anzug ist schon allein aus diesem juristischen Grund abzulehnen.

Ich lehne den Anzug jedoch auch aus folgenden politischen Gründen ab: Ja, Artikel 59 der BV sagt, jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Für die Schweizerinnen ist der Militärdienst freiwillig und dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich ganz eindeutig eine leider verfassungsmässig legitimierte Geschlechterdiskriminierung, die eigentlich seit ebenso langer Zeit abgeschafft gehört, wie die Mutterschaftsversicherung sich gedulden musste, um endlich gesetzlich verankert zu werden. Natürlich muss der Militärdienst für alle erwachsenen Schweizer Personen, unabhängig der Geschlechtsidentität obligatorisch oder aber freiwillig sein. Diese eindeutige formale Geschlechterdiskriminierung müsste aber auf Verfassungsebene angepackt werden, wofür auf Bundesebene der Mut angesichts des sicher nicht unerheblichen Risikos eines Scheiterns an der Urne aktuell fehlt.

Da die Stellungspflichtigen also nach aktueller Regelung nur Schweizer Männer sind und Frauen freiwillig Militärdienst leisten, ist es für mich eigentlich nur logisch, dass auch der Orientierungstag weiterhin freiwillig bleibt für Frauen. Ich finde es systemwidrig und auch absolut nicht liberal, eine Infoveranstaltung obligatorisch zu erklären für einen Dienst, der im Anschluss daran gar nicht obligatorisch geleistet werden muss. Und Frauen werden ja bereits heute zum freiwilligen Orientierungstag eingeladen und dürfen dies bis zum 24. Altersjahr sogar mehrfach. Ebenso wird ihnen dieser Freiweibe freiwillige Besuch, wir haben es gehört, bereits heute als bezahlten Arbeitstag angerechnet.

Ich gehe also davon aus, dass diejenigen Frauen, die sich gerne freiwillig über den Militärdienst orientieren, dies angesichts des bezahlten Arbeitstages bereits heute tun, und die übrigen, man mag es bedauern oder nicht, interessieren sich schlicht nicht dafür, wie es vermutlich auch vielen jungen Männern geht, die den Dienst obligatorisch absolvieren müssen. Viele Frauen und Männer engagieren sich zudem schon längst schlicht ausserhalb des Militärsregimes auf freiwilliger Basis und leisten somit einen erheblichen Anteil an zudem unbezahlten Dienst für unsere Gesellschaft.

Die Frauen würden meines Erachtens also auch über einen obligatorischen Orientierungstag nicht abgeholt. Im Gegenteil, gerade letzte Woche hat mir eine 21-jährige Wehrpflichtige erklärt, falls sich eine Frau tatsächlich für den Militärdienst interessiere, sei sie schon längst früher und ausserhalb des Orientierungstages damit in Berührung gekommen. Zudem erhalte man, wenn schon, einen viel konkreteren Eindruck erst anlässlich der Rekrutierung, auch dort könne man immer noch absagen. Frauen, die sich nicht für den Militärdienst interessieren, würden aber bereits das Orientierungstagsaufgebot umgehend dem runden Ordner übergeben.

Die Konsequenzen eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen wären meines Erachtens also die folgenden: Frust bei den Frauen wegen des sinnlosen Absitzen eines unnützen Arbeitstages und Frust bei den Arbeitgebenden, die ein Gros der rund 800 jährlich für die Frauen neu obligatorisch eingerichteten Orientierungstages vergebens bezahlen müssen.

Lieber ehrlicherweise dieses diskriminierungsrechtliche Problem auf Bundesebene wirklich regeln und dann hat vielleicht auch via Viola Amherd mit einem Öffentlichkeitsdienst für alle, wenn man den einführen würde, eine reelle Chance, durchzukommen. Und wer immer noch möchte, dass man das obligatorisch erklärt auf Bundesebene, wo es korrekt hingehört, gibt es zwei SVP-Vorstösse, der eine abgelehnt, der andere ist jetzt noch pendent, und dort gehört das hin. Ich überweise den Anzug aus diesem politischen Grund nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Anzugsstellerin Andreas Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die Armee dient zunächst der Landesverteidigung. Das wissen wir. Wir haben aber während der Pandemie gesehen, dass die Schweizer Armee und der Zivilschutz noch vielmehr leisten können und müssen. Im Falle von Katastrophen, Berggrutschen, Erdbeben, Überschwemmungen und vielem anderen stehen Armee und Zivilschutz im Einsatz. Sie sichern Strassen, holen Leute aus gefährdeten Gebieten und überwachen drohende Katastrophen. Dazu brauchen Armee und Zivilschutz Leute, die sich selbst ausbilden und trainieren. So ist es möglich, sie zum Piloten, zur Pilotin auszubilden, zur Motorfahrerin, zum Sanitäter, zur Lastwagenfahrerin, zur Drohnenpilotin. Auch die Schiffsführerprüfung kann gemacht werden. Das Militär bietet zudem Kaderkurse an und unterstützt Weiterbildungen. All dies gratis und franko.

Über all diese Möglichkeiten informiert die Armee an einem Orientierungstag, der nur für Männer obligatorisch ist, da auch nur für sie der Militärdienst obligatorisch ist. Somit erfahren alle Männer von der Möglichkeit, die Militär unter oder Zivilschutz



bieten, Frauen erfahren davon normalerweise nichts, denn für sie ist der Orientierungstag nicht obligatorisch. Zwar werden für Frauen je nach Kanton freiwillige Orientierungstage angeboten oder aber sie dürfen an denjenigen für die Männer teilnehmen. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass Frauen, insbesondere in städtischen Gebieten, keine Ahnung davon haben, dass es dies gibt. Entsprechend profitieren geeignete und interessierte Frauen davon zu wenig und sie weisen gegenüber den Männern einen Informationsrückstand auf. Die Männer sind somit diesbezüglich bevorzugt, gerade auch was die Karriereplanung betrifft. Der Armee und dem Zivilschutz hingegen gehen so wertvolle Angehörige verloren beziehungsweise sie werden gar nicht erreicht. Wäre der Orientierungstag auch für Frauen obligatorisch, würde dieser Unterschied nicht bestehen.

Es geht nicht darum, Frauen nun auch dazu zu verpflichten, Militärdienst zu leisten. Es muss weiterhin möglich sein, dass diejenigen Männer, die keinen Militärdienst leisten, Zivildienst leisten können. Aber all denen, die geeignet und interessiert wären, muss die Gelegenheit gegeben werden, überhaupt zu erfahren, welche Möglichkeiten ihnen bei der modernen Armee offenstehen. Ein Obligatorium zum Besuch des Orientierungstags für alle jungen Schweizerinnen und Schweizer würde die Wissenslücke schliessen und allen die gleichen Optionen offenhalten.

Zudem müsste sich keine junge Frau rechtfertigen, wenn sie von ihrem Arbeitgeber für den Besuch des Orientierungstages freinehmen möchte. Es ist nicht ganz klar, ob dieser Bezug als Amtstermin vom Arbeitgeber bezahlt würde. Heute würde gesagt, ja, wäre dies aber der Fall, müsste offengelegt werden, wozu man einen Freitag benötigt. Sie alle können sich die dummen Sprüche lebhaft vorstellen, die eine Frau da zu hören kriegt.

Angesichts dessen, dass Geburten starke Jahrgänge in den nächsten Jahren ihre Dienstzeit beenden werden, werden der Schweizer Armee in absehbarer Zeit Angehörige fehlen. Der Unterbestand kann je nach den Herausforderungen, die auf die Schweiz noch zukommen werden und nicht absehbar sind, zu grossen Problemen führen. Es ist deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt wichtig, die geeigneten und interessierten Menschen zu erreichen. Last but not least dürfte es auch Auswirkungen auf die Rekrutierungen von Frauen und Männern für die Kantonspolizei haben, wenn die Hemmschwelle zu Armee, Militär, Zivilschutz oder Polizeikorps gesenkt wird. Dies geschieht nur mit Information, und diese muss an den Mann und an die Frau und an alle anderen gebracht werden können.

Der Vorstoss ist als Anzug offen formuliert und damit kann abgeklärt werden, inwieweit eine kantonale Einführung eines Obligatoriums machbar ist. Wir gehen davon aus, dass dies gehen sollte. Entsprechende Vorstösse sind auch in anderen Kantonen pendent. Deshalb bitte ich Sie, auch im Namen der SVP und der LDP, den vorliegenden Anzug an die Regierung zu überweisen. Sie ist bereit, ihn entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab. Der Anzug wird bestritten von Fina Girard.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 50 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003652, 12.06.24 11:40:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 50 Stimmen für Nichtüberweisung, 35 Stimmen für Überweisung, bei 6 Enthaltungen. Der Anzug ist damit nicht überwiesen.



23. Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren

[12.06.24 11:40:44, 24.5107.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich darf auch für die FDP-Fraktion sprechen.

Es stimmt, dass zu viel Airbnb in einigen Städten zu Zielkonflikten mit genügend Wohnraum führen kann, ob in Basel das Wort Wohnraumfresser in Zusammenhang mit Airbnb-Angeboten und auch im Zusammenhang mit der Forderung dieses Anzuges das richtige Wort ist, das bestreiten wir. Selbst wenn wir jetzt davon ausgehen, dass es mehrere 1000 Angebote gibt in Basel, ist es ja jetzt nicht so, dass jedes Angebot eine ganze Wohnung umfasst, sondern vielleicht nur einzelne Zimmer. Wenn man es herunterbricht auf die Forderung der Anzugsstellenden auf diejenigen, welche mehr als 90 Tage eine Wohnung auf eine solche Plattform stellen, dann ist dies doch ein sehr kleiner Bereich. Und aus unserem Grund stellt sich dann schon die Fragen, inwiefern wir jetzt sehr viele staatlichen Ressourcen verwenden sollen, um bei den Eigentümern genau nachzuschauen, ob die wirklich jede Wohnung nur 90 Tage und nicht 91 Tage untervermieten oder weitervermieten, wenn sie entweder Eigentümer sind oder Mieter, welche etwas untervermieten wollen.

Ausserdem ist es ja durchaus so, dass es ja auch rationale gute Gründe gibt, weshalb man eine Wohnung länger als 90 Tage vermieten könnte. Denken Sie beispielsweise daran, wenn Sie ein Auslandssemester machen, dies dauert teilweise mehrere Monate, oder wenn Sie als Arbeiter an verschiedenen Orten wohnen und arbeiten, dann pendeln Sie teilweise auch und geben dann vielleicht die Wohnung auch weiter. Und im übrigen sollten wir jetzt nicht jedes Sharing-Economy-Modell grundsätzlich verteufeln. Auch dieses Angebot hat eine gewisse Berechtigung, weil ja auch eine gewisse Nachfrage vorhanden ist für Touristen, aber auch für Menschen, welche jetzt vorübergehend hier in Basel arbeiten.

Ich kann mich noch daran erinnern, vor einer Woche haben wir ja alle diese Resolution unterstützt, dass der Eurovision Song Contest in Basel stattfinden sollte. Aber damit wir diesen Event durchführen können, braucht es ja auch gerade solche Angebote, damit wir die Menschen hier unterbringen können und damit den Touristen auch diesen Wohlstand garantieren können, welche wie er von solchen Events erhoffen. Und dementsprechend sind wir grundsätzlich auch dagegen, dass wir das jetzt so verteufeln oder nur als Wohnraumfresser betiteln, ohne vielleicht auch die positiven Eigenschaften hier zu sehen. Gesamthaft sind wir nicht der Meinung, dass es hier zusätzliche Regulierung benötigt. Es gibt das Gasttaxengesetz, welche auch diese Airbnb-Angebote und die Hotellerie gleichsetzt. Dementsprechend bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Pascal Messerli, ich denke, Sie haben ein bisschen am Thema vorbeigeredet. Es gibt ja die Vermietung von Wohnungen. Das habe ich auch einmal gemacht mit meinen WG-Kollegen während der Basel World. Und ich muss sagen, damals ging das noch nicht über Online-Plattformen, sondern das ging über Büros, die das organisiert haben. Da haben sehr viele Menschen viel Geld schnell verdient, weil man sehr hohe Preise gegenüber diesen Kundinnen und Kunden der Basel World erreichen konnte. Diese Goldgräberstimmung, die ganz Basel jeweils während der Basel World erfasst hat, war ja nicht so ideal. Diese Abzockerei war nicht unbedingt nachhaltig und die Basel World gibt es heute nicht mehr.

Aber das entscheidende ist, dass private Vermietung ja weiterhin möglich sein soll, falls der Vermieter einverstanden ist. Bei dieser privaten Vermietung, die Sie jetzt lange auch ausgeführt haben, werden die Leute eben nicht länger als 90 Tage bleiben. Das soll ja auch weiterhin möglich sein. Es geht ja nicht um das, es geht um Business Apartments, es geht um eine gewerbliche Nutzung. Und das ist eben dann eine Zweckänderung. Wir haben Wohnraum, der für langfristiges Wohnen gedacht ist. Und bei der anderen Geschichte geht es um Business Apartments. Das ist eben eine gewerbliche Nutzung des Wohnraums, und dort geht das dann auch darum, dass wir dort auch eine Konkurrenzsituation haben gegenüber Hotels zum Beispiel und anderen Betrieben, die dieses Geschäft eben betreiben.

Und heute muss man diese Zweckänderung eben nicht angeben, und genau das soll unser Vorstoss ändern. Es ist neben ein Problem, es entzieht den benötigten Wohnraum und es verteuert den Wohnraum. Wir haben aktuell eine Situation mit dem Referenzzinssatz, dass generell sowieso die Mieten gestiegen sind und wir nicht noch eine zusätzliche Verteuerung des Wohnraums brauchen können.



Heute gibt es diese Zweckänderung nicht, sie wird nicht reguliert und es geht darum, diese jetzt zu ändern und eine Gleichstellung auch mit Beherbergungsbetrieben zu erreichen. Wichtig ist auch noch, dass neben dieser privaten Vermietung auch betreutes Wohnen nicht darunter fällt. Denn betreutes Wohnen ist ein spezielles Bedürfnis, das wir natürlich haben und das ist auch eine andere Kategorie. Da geht es nicht um Hotels. Auch wenn betreutes Wohnen in einer gewissen Preisklasse durchaus auch Hotel-Charakter annehmen kann.

Die Stadt Luzern ist diesem Beispiel gefolgt in einer Volksabstimmung, mit 65,3 Prozent wurde das angenommen, ein verwässernder Gegenvorschlag wurde abgelehnt. Ich denke auch, dass dieses Anliegen auch in Basel auf gute Resonanz stossen würde. Während es in Luzern mehr um den Tourismus und um Zweitwohnungen geht, ist hier in Basel natürlich eher das Thema Business Apartments im Fokus, also Leute, die für die grossen Unternehmen hierher kommen. Es ist uns wichtig zu sagen, dass es natürlich für diese auch Möglichkeiten braucht, aber das soll eben mit normalen Wohnungen oder dann eben mit Business Apartments, die eben nach einer Zweckänderung dann vermietet werden, geschehen und die die dafür definierten Zonen berücksichtigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Wer auf einem der Wohnungsportale nach Wohnungen sucht, findet sie zuhauf, gewerbliche Appartements und möblierte Business Apartments und gewerbliche Airbnb. Basel-Stadt steht damit wie auch andere Städte vor der Herausforderung, dass Wohnraum verloren geht aufgrund der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Airbnb oder eben möblierte Appartements. Diese Entwicklung führt nicht nur zu einer Verknappung des Wohnraums, sondern auch zu steigenden Mietpreisen, was insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen schwerwiegende Konsequenzen haben kann.

Trotz bestehender Regulierungen wie der Regierungspflicht für Übernachtungen und auch der Anerkennung durch das Basler Appellationsgericht, dass gewerbliche Kurzzeitvermietungen keine Wohnnutzung darstellen, gibt es erhebliche Vollzugsdefizite. Diese zeigen sich unter anderem in der mangelnden proaktiven Überprüfung der Nutzungsänderungen durch das Bau- und Gewerbeinspektorat. Oftmals werden die notwendigen Zweckänderungen nicht beantragt, wodurch eine Zweckentfremdung des Wohnraums weiterhin möglich ist.

Mit dem Anzug wird die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie dieser Missstand behoben werden kann. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an René Brigger.

René Brigger (SP): Ich habe in diesem Bereich schon diverse Vorstösse gemacht, diese sind alle ein bisschen versandet. Entscheidend ist ja, dass wir unseren Wohnraum primär für Leute, die wirklich hier wohnen, benützen wollen, die einen gewissen Bezug zum Kanton haben, zur Stadt, die auch Steuern zahlen, die präsent sind. Und da gibt es diverse Umgehungen, da gibt es weltweit diverse Hotspots, das ist nicht unbedingt Basel. Ich nehme das Stichwort Zweitwohnungen. Ich denke da an touristische Gegenden, auch in der Schweiz, Grindelwald Mallorca usw. Da finden Volksaufstände statt, das ist hier nicht der Fall. Aber ich erinnere daran, dass das Bundesamt für Raumentwicklung jedes Jahr eine Statistik herausgibt, weil das Bundesamt feststellen muss, in welchen Gemeinden wie viele Zweitwohnungen bestehen. Bekanntlich ist, ab 20 Prozent Zweitwohnungen bestehen andere Vorschriften. Ich habe festgestellt vor zwei Jahren, dass Basel erstaunlicherweise 13,5 Prozent Zweitwohnungen hat. Ein Teil wird eben Airbnb sein, werden Vermietungen sein, gewisse Schlaumeiereien. Es ist klar, mietrechtlich muss eigentlich eine partielle Untervermietung zeitlich oder räumlich bewilligungspflichtig. Da gibt es übrigens auch einen Vorstoss vom Parlament, dagegen ist das Referendum ergriffen worden, dass die Untervermietung einfacher wird. Das finde ich ist problematisch. Darüber sollten wir abstimmen.

Aber die Untervermietung ist grundsätzlich mietrechtlich zustimmungsbedürftig, nur kann die Vermieterschaft die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern. Ein wichtiger Grund ist sicher, dass deutlich mehr generiert wird mit dem Untermietzins als mit dem Hauptmietzins.

Wir haben ein generelles Problem, vor allem mit den Zweitwohnungen. Ich hoffe, der Anzug wird überwiesen. Das möchte ich gerne dem Regierungsrat weitergeben, das noch zu öffnen, wie viele Prozent Zweitwohnungen wir in Basel haben. Es waren 12,5 Prozent vor wenigen Jahren, das wären circa 15'000 Wohnungen. Das ist eine reelle Zahl. Da wird dann vom Hauseigentümerverband gesagt, das sei ein Erhebungsproblem. Das mag sein, aber da haben wir ein Potenzial für unsere Stadt. Neu bauen ist gut, aber ich finde, dass der Bestand der knapp 110'000 Wohnungen in Basel einfach primär wirklich dem Wohnen zur Verfügung gestellt wird. Dazu kommt, dass diese Untermietungsgeschichte preistreibend ist. Ich kenne viele Fälle auch aus der Genossenschaft, die eine günstige Genossenschaftswohnung haben. Und was passiert? Die ziehen irgendwo ins Ferienhaus und machen eine Untervermietung. Das ist besonders problematisch, weil der Zweck nicht erfüllt



wird, und die fliegen dann auf. Aber das findet auch bei normalen Wohnungen statt. Und das sind dann Schlaumeiereien, wenn einer einen günstigen Hauptmietzins hat und dann irgendwie Faktor 2 oder 3 Untermietzins generiert. Das ist ein Riesenproblem. Das Bauinspektorat ist überlastet. Aber darauf müssten wir schon einmal Fokus legen. Ich stelle fest, bei anderen Zweckentfremdungsproblematiken, die in meiner Praxis vorkommen, zum Beispiel Wohnungsprostitution, ist das Bauinspektorat dann jeweils sehr beflissen, die Sache zu regeln und zu prüfen, ob das gewerblich ist oder nicht. Und bei gewerblichen Untervermietungen passiert dann nichts. Da bitte ich schon, das Problem grundsätzlich aufzuarbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Anzugsteller Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Bevor wir alle in den Mittag gehen oder fast einschlafen, freut es mich, dass ich mal zu einem wohnpolitischen Thema sprechen darf, das nicht so umstritten ist. Das gefällt mir sehr. Ich spreche deshalb heute vor allem auch zu Pascal Messerli. Viel wurde ja auch schon gesagt, weil eigentlich habe ich das Gefühl, der Anzug könnte jetzt etwas bewirken, vor allem bei der Verwaltung. Es ist wieder einmal hoch enttäuschend, dass das BVD hier nicht anwesend ist. Ich hoffe, Sie hören dann die Wortprotokolle auch meiner Vorredner:innen. Schauen Sie mal in die Geschäftsdatenbank. Das ist etwas, was fast unendlich ist. Das ist noch deutlich länger als Basel baut Zukunft.

Zu den unerfreulichen Auswirkungen möchte ich nicht noch viel mehr sagen, die sind eigentlich klar. Ich weiss nicht, Pascal Messerli, wo Sie sind. Die Lokalpresse hat sogar den Begriff Appartamentitis - ich mag solche Dinge sonst eigentlich nicht - genannt. Das sind die Menschen in den Quartieren, die genau sich in diesen Themen stören und schon lange stören. Und ich glaube, jetzt muss hier nachgebessert werden und es freut mich, dass auch gewerbliche Vertreterinnen und Vertreter einen Vorstoss von mir unterstützen können. Ich glaube, dort gibt es dann genau diese diese Hand-in-Hand-Situation. Denn hier reden wir von Volkswirtschaft. Das ist nicht nur irgendwie Regulierung oder sonst etwas, sondern es geht ganz klar um eine wirtschaftliche Fragestellung.

Ich mache noch ein einfaches Gedankenexperiment vor dem Mittag, und dann können Sie gehen und dann wird das hoffentlich auch noch bevor Sie gehen, überwiesen. Was ist jetzt eine teure Miete? Schauen Sie mal auf diesen Plattformen. Und bevor wir zu diesen Plattformen gehen: Ich finde es ja schon unglaublich toll, wie diese neue Liste seit der Covidpandemie alle heissen. Hit rental, Glad on home like, Vision Apartments. Und wenn man diese Angebote anschaut, dann findet man 2,5-Zimmerwohnungen für 3'500 Franken im Monat. Ist das jetzt viel oder nicht? Nein, es ist nicht viel. Wenn das eine hotelähnliche Nutzung ist, dann ist das nicht wirklich viel. Aber wenn das eine Wohnnutzung ist, und dort sind wir wenn es um die Dauerhaftigkeit geht, dann ist das sehr viel. Wüest Partner sagt, das das mindestens 40 Prozent mehr als der durchschnittliche Mietpreis ist. Und die Mieten steigen ja auch, darüber reden wir hier viel.

Und genau mit dieser Gegenüberstellung, mit diesem Ja beim normalen Wohnen und Nein, wenn es quasi eine hotelähnlich Nutzung ist, kommen wir zu des Pudels Kern. Und dieser Anzug möchte, dass dies jetzt geklärt werden soll. Natürlich, beim ESC stellt sich die Frage, wo die Menschen unterkommen sollen. Da bin ich bei Pascal Messerli. Bei diesen Beherbergungsähnlichen Betrieben, das dürfen ja alle noch machen. Sie müssen einfach sagen, wir sind ein Gewerbe. Und dann kommt der entscheidende Mechanismus und die Frage, ob das das dann gemäss dem Wohnanteilsplan zulässig ist oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Über Begrifflichkeiten kann man sich ja streiten, wie Wohnraumfresser. Haben Sie aber eine konkrete Zahl, wie viele Wohnungen in den sachlichen Geltungsbereich kommen, wenn Ihr Anzug umgesetzt wird? Wie viele Eigentümer vermieten ihre Wohnung mehr als 90 Tage?

Ivo Balmer (SP): Das ist ja genau ein Teil des Problems. Anzug heisst ja prüfen und berichten. Das soll jetzt die Verwaltung machen. Die einzige Stadt, die das macht, ist die Stadt Zürich, und es ist bedenklich, wie stark steigend diese Anzahl ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Anzug wird bestritten von Pascal Messerli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003654, 12.06.24 12:01:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 18. Sitzung

12:01 Uhr